Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949
1948

10 (20.2.1948)

Visual Library

UNSER TAG

FROVS

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

3. Jahr Nr. 10 / 20 Pfg. ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI Freitag, 20. Februar 1948

Sieg der Gewerkschaftseinheit

CGT erhält bei den Wahlen im französischen Kohlengebiet 80 Prozent der Stimmen

Paris. Die Wahlen der Gewerkschaftsvertreter in den Kohlenrevieren Frankreichs haben überall mit einem überlegenen Sieg des französischen allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) geendet.

Die bereits vorliegenden Ergebnisse der Gruben in Nordfrankreich und am Kanal zeigen, daß die Kandidaten der CGT 80 Prozent aller Stimmen erhalten haben, während die „Force Ouvriere", die ehemalige Minderheitsgruppe der CGT, die sich unter der Führung von Leon Jouhaux selbständig gemacht hat, nur 20 Prozent erhielt.

Arbeiterpartei erringt Wahlsieg in einem New-Yorker Vorort

New York. Der Kandidat der Arbeiter-Partei für die Ersatz-Parlamentswahlen, die in New York im Stadtteil Bronx stattfanden, erreichte 22 796 Stimmen gegen 12 578 des demokratischen Kandidaten, 3840 des liberalen Kandidaten und 1842 des republikanischen Kandidaten. Die Arbeiterpartei stützt bekanntlich die Präsidentschaftskandidatur des ehemaligen Vizepräsidenten der USA Henry Wallace.

„Vierer-Kontrolle des Ruhrgebiets"

Prag. Der tschechoslowakische Generalstabschef, General Boock, erklärte sich in einer Versammlung ehemaliger Kämpfer der Widerstandsbewegung gegen die sich bei den Vereinten Nationen augenblicklich abzeichnenden Tendenzen, die bestehenden Abkommen, vor allem das Potsdamer Abkommen, beiseite zu schieben. Diese Tendenzen, sagte er, bedrohen die Grundlagen der Vereinten Nationen und fördern die Wiedergeburt des deutschen Faschismus. Entgegen den Potsdamer Beschlüssen bestehen die deutschen Trusts und verschiedene Monopole, die die Grundpfeiler des deutschen Imperialismus sind, noch immer.

Abschließend stellte General Boock fest: Das Ruhrgebiet muß unter eine Viermächtekontrolle gestellt werden. Die Tschechoslowakei ist in besonderem Maße an der Zerstörung des deutschen Kriegspotentials interessiert. Der Faschismus ist zwar besiegt, aber noch nicht tot.

Marshallplan für Bizone?

Frankfurt. Der Vorsitzende des Exekutivrates beim Wirtschaftsrat Dr. Seelos, führte Besprechungen mit Vertretern des angloamerikanischen Zweimächtekontrollamtes, die die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan zum Gegenstand hatten. Die Besprechungen wurden in Anwesenheit sämtlicher Direktoren der Zweizonenverwaltungen fortgesetzt. Die Wirtschaftsverwaltung wurde aufgefordert, Listen über die im Rahmen des Marshall-Planes am dringendsten in der Bizone benötigten Lebensmittel aufzustellen, ähnlich wie in den übrigen am Marshallplan beteiligten Ländern. Die Vertreter des Zweimächtekontrollamtes haben Dr. Seelos ein Schreiben überreicht, dessen Inhalt geheimgehalten wird.

Demontage in der Bizone endgültig

Frankfurt. In Besprechungen der Generale Clay und Robertson im Wirtschaftsrat erklärten sie, es werde weiterhin versucht, eine Viermächtevereinbarung für die Währungsreform zu finden. Die Errichtung eines Amtes für Arbeit beim Wirtschaftsrat wurde erörtert, aber nicht entschieden. Das Demontageprogramm sei unabänderlich, die Deutschen müßten sich damit abfinden. Von deutscher Seite wurde noch die Errichtung eines Patentamtes befürwortet.

Kämpfe in Palästina

Kairo. Der Generalsekretär der arabischen Liga, Azzam Pascha, erklärte: „Die arabischen Staaten sind entschlossen, mit all ihren regulären und irregulären Streitkräften einzugreifen, um eine ausländische Intervention in den Bürgerkrieg in Palästina zu verhindern."

Er betonte, daß die Entscheidung der Vereinten Nationen über die Teilung Palästinas für die arabischen Staaten lediglich eine Empfehlung ohne jeden verpflichtenden Charakter bedeute und fügte hinzu, wenn ein oder mehrere Staaten beschließen sollten, zur Errichtung eines jüdischen Staates im arabischen Palästina Streitkräfte einzusetzen, werden alle arabischen Staaten mit all ihren regulären und irregulären Streitkräften einmütig diesem ausländischen Eingreifen Widerstand entgegensetzen.

Jerusalem. Die jüdischen Niederlassungen Torat Zvi, Arida und Nataim im Bezirk Baisan waren am Montag vormittag das Ziel arabischer Angriffe. Wie hierzu bekannt wird, wurden die Angriffe von mehreren Hundert Aarabern in militärischer Ordnung ausgeführt und dauerten sechs Stunden. Britische Heeres- und Polizeistreitkräfte griffen in die Kämpfe ein.

UN-Kommission beantragt bewaffnete Hilfe

Lake Success. Die UN-Kommission für Palästina beantragte beim Sicherheitsrat bewaffnete Hilfe zur Durchführung der ihr von der Generalversammlung übertragenen Aufgabe einer Teilung Palästinas. Dieser Antrag bildet den Teil eines Berichtes, der am Montag abend dem Rat übergeben wurde, und in dem die Kommission feststellt, daß ohne bewaffnete Hilfe die Durchführung der ihr übertragenen Aufgabe unmöglich sei.

Keine Kommunisten bei Hofbegehungs-Kontrollen

Freiburg. Die Landesleitung der Kommunistischen Partei gibt hiermit folgenden, für alle Mitglieder der Kommunistischen Partei Badens verbindlichen Beschluß bekannt:

Kein Mitglied der Kommunistischen Partei darf sich an den zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Betriebe eingesetzten sogenannten Hofbegehungskommissionen beteiligen.

Genossen, die bisher in einer solchen Kommission tätig gewesen sein sollten, scheiden sofort aus. Ein Nichtbefolgen dieses Beschlusses würde den unmittelbaren Ausschluß des Betreffenden aus der Kommunistischen Partei nach sich ziehen.

Die Landesleitung begründet diesen Beschluß folgendermaßen: Schon am 6. Dezember 1946 unterbreitete die Kommunistische Partei der damaligen provisorischen Landesversammlung eine Reihe von Vorschlägen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Sicherung der Volksernährung (Antrag 45). Die darin erhobenen Forderungen nach

neuen demokratischen Methoden der Planung, Lenkung, Kontrolle, Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die vorgeschlagenen Hilfsaktionen für die Landwirtschaft

wurden, obwohl sie im Wirtschaftsausschuß der Landesversammlung einstimmig angenommen worden waren, in keinem Punkte verwirklicht.

Nach wie vor werden die aus der Zeit des Reichsnährstandes sattsam bekannten Methoden der Reglementierung und Kommandierung von oben praktiziert. Die Annahme des Regierungsentwurfes einer

bauernfeindlichen Bodenreform zum Schutze des Großgrundbesitzes

durch die absolute Mehrheit der CDU im Landtag beweist, wie aussichtslos es im Augenblick ist, gegen die reaktionären Kräfte dieser Partei fortschrittlichen und demokratischen Ideen den Weg zu bereiten.

Die Kommunistische Partei sieht sich deshalb bei den gegenwärtigen politischen Machtverhältnissen in Südbaden veranlaßt, jede Mitarbeit und Mitverantwortung an den nach ihrer Meinung

unzweckmäßigen und ungerechten Methoden der Hofbegehungskontrollen

abzulehnen, für deren Durchführung die Landtagsmehrheit und die CDU-Regierung die alleinige Verantwortung zu tragen haben.

Prager Außenministerkonferenz

Prag. Auf der Prager Konferenz erklärte der tschechoslowakische Außenminister Masaryk: wir geben die Hoffnung nicht auf, daß sich die Großmächte schließlich doch noch über die Deutschlandfrage einigen. Wenn wir aber weiterhin passiv den Vorgängen in Deutschland zusehen, wissen wir aus tausendjähriger Erfahrung, daß die Deutschen darin nur Schwäche erblicken und daß wir ihnen damit den Stoff für eine Agitation gegen uns liefern. Ich bin nicht der Ansicht, daß Deutschland heute eine Kriegsgefahr bildet, es ist und bleibt jedoch sicherlich ein Kriegspotential. Unsere Aufgabe ist es, diese mächtige Bedrohung zu zerstören.

Nach Masaryk sprach der polnische Außenminister Modzeleski: „Ich glaube, daß es nicht möglich ist, zu einem ständigen Frieden durch eine unilaterale Lösung des deutschen Problems zu gelangen, eines Problemes, an dem vor allem alle Nachbarn und die Staaten interessiert sind, die am meisten zur Niederwerfung Hitlerdeutschlands beigetragen haben. Dieses Prinzip außer acht zu lassen, hieße die endgültige Stabilisierung der Lage hinausschieben, und dies könnte das bereits mit gemeinsamen Anstrengungen vollbrachte Werk zerstören. Ich bin davon überzeugt, daß die derzeitigen Besprechungen die von der großen Sorge um eine friedliche Entwicklung Europas diktiert sind, für die demokratische Weltmeinung eine Ermutigung zur Konsolidierung aller Kräfte sind, die sich bemühen, die allgemeine Sicherheit nach dem Grundsatz der **Unteilbarkeit des Friedens** zu verstärken, einem Grundsatz, der eine der Grundlagen der Organisation der Vereinten Nationen ist. Zum Schluß gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Stimme der slawischen Staaten, die durch Deutschland so sehr zu leiden hatten, und so viel im Kampf gegen die Nazis geopfert haben, gehört werden.

Als letzter sprach Jugoslawiens Außenminister Simic. Er erinnerte zunächst daran, daß die **Tschechoslowakei das erste Opfer der deutschen** Agression war, weil der deutsche Imperialismus nicht auf Oppositionen von Seiten der Westmächte gestoßen ist. Simic erklärte weiter, man kann die Tatsache nicht verschleiern, daß die Westmächte in ihren Beziehungen zu Deutschland weiterhin eine Politik verfolgen, die darin besteht, den deutschen Imperialismus in den Westzonen wieder aufleben zu lassen. Man wendet die Potsdamer Beschlüsse auf die Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands nicht an. Man hält die Reparationsverpflichtungen nicht ein, aber man hält das deutsche Kriegspotential in den Westzonen aufrecht, ja, man vergrößert es sogar. Die Politik der Teilung Deutschlands zur Schaffung eines Weststaates zeigt klar, daß Deutschland eine permanente Gefahr für unsere neuen Staaten, für den Frieden in Europa und der ganzen Welt ist. Die slawischen Nationen, so sagte er zum Schluß, standen in der ersten Linie der fortschrittlichen Menschheit im Kampf gegen die faschistische Agressinon und mit dem Beistand der Sowjetunion werden sie, einig und stark, wie sie es noch nie in ihrer Geschichte waren, durch eine harte Erfahrung belehrt, alles tun, um neue nationale Katastrophen zu verhindern und um ihren Nationen eine freie und friedliche Entwicklung zu sichern. Dies ist das Ziel unserer Konferenz.

Vollmacht für Truman

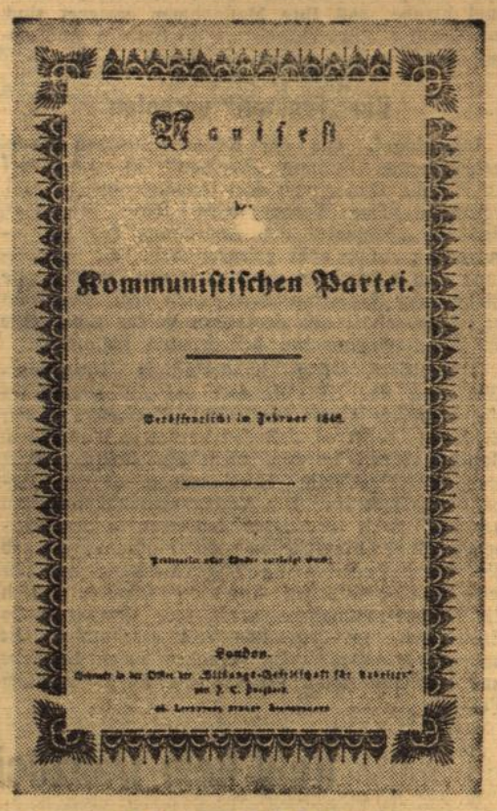
Washington. Präsident Truman wurde vom Repräsentantenhaus ermächtigt, während Friedenszeiten Militärmissionen „nicht feldmäßigen Charakters" in ausländische Staaten zu senden.

Keine Geheimbesprechungen in Berlin

Berlin. Zu den Meldungen der Agenturen Reuter, Dena u. a. über eine angebliche amerikanisch-sowjetische Geheimbesprechung in Berlin erklärt das sowjetische Nachrichtenbüro sich für bevollmächtigt, **diese Nachricht als frei erfunden** zu bezeichnen.

Zilliacus für Poltik des Friedens

London. Der Labourabgeordnete Zilliacus veröffentlicht in „News Chronicle" einen Artikel über seine Ideen der Außenpolitik. Darin heißt es: „Wenn man den Frieden bewahren will, muß man als erstes die Theorie Churchills verwerfen, der wünscht, daß Großbritannien gemeinsam mit den Vereinigten Staaten der Sowjetunion den Krieg androht, um in allen wichtigen Fragen den amerikanischen Standpunkt durchzusetzen." Er empfiehlt der britischen Regierung, ihre internationalen Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln und schreibt: „Dies bedeutet die Unterdrückung jeder militärischen anglo-amerikanischen Zusammenarbeit und die Aufhebung der gemeinsamen Stützpunkte, die Herabsetzung der britischen Streitkräfte auf die Hälfte und die Zurückziehung der britischen Truppen aus Griechenland. Statt uns zu bemühen, die Russen mit Hilfe der Amerikaner aus dem Mittleren Orient zu vertreiben, so fährt der Abgeordnete fort, müssen wir die Sowjetunion auffordern, mit uns in der UN in folgenden Fragen zusammenzuarbeiten, nämlich: Internationale Kontrolle über das Erdöl, Entwicklung internationaler Wirtschaftspläne, Ergreifung von Polizeimaßnahmen in Palästina, Kontrolle des Suezkanals und der Dardanellen. Wir müssen ebenfalls auf die Notwendigkeit der Verstaatlichung der wesentlichen deutschen Industrien hinweisen."



Vor 100 Jahren
am 21. Februar 1848
ist das Kommunistische Manifest erschienen.
Unser Gedenkblatt auf Seite 3.

Einige Fragen

an den Saar-Ministerpräsidenten

Wie wir bereits in unserer letzten Nr. berichteten, wurde die für den 15. Februar von der Landtagsfraktion der K. P. des Saargebiets einberufene Wirtschaftskonferenz durch den Ministerpräsidenten Hoffmann verboten, obwohl zwei Wochen vorher an gleicher Stelle die Parteien der Regierungskoalition reichlich Gelegenheit gehabt hatten, ihre Stellung der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.

Zweierlei Maß, das die Furcht der Anschlußparteien vor der öffentlichen Meinung über ihre enttäuschende Regierungspolitik zum Ausdruck bringt. Trotz Bekanntgabe des Verbots durch Rundfunk begaben sich unzählige Menschen aus dem ganzen Saarland nach der Wartburg, die enttäuscht waren, daß sie die Meinung der K. P. zu den brennenden Fragen der Wirtschaft nicht erfahren konnten.

Anläßlich des Verbots richtete der Landtagsabg. der K. P. Karl Hoppe einen öffentlichen Brief („Neue Zeit" Nr. 15) an den Ministerpräsidenten Hoffmann, dem wir folgendes entnehmen.

Die Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei hatte am Sonntag, 15. Februar, zu einer Wirtschaftskonferenz in der Wartburg eingeladen.

Die nach den geltenden Vorschriften erforderliche Genehmigung der Militärregierung wurde uns unter dem 13. Februar 1948 durch den Generalsekretär der Stadt Saarbrücken übermittelt.

Grund für die Einberufung unserer Wirtschaftskonferenz ist die Tatsache, daß in den Kreisen der Arbeitnehmer und des Mittelstandes in Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe eine starke Beunruhigung herrscht über die besorgniserregende Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet als Folge der Währungsumstellung, der neuen Lohn- und Preisgestaltung und der steuerlichen Belastung.

Ich frage Sie, inwieweit sich Ihr Verbot mit den Vorschriften des Artikels 6 der Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947 in Einklang bringen läßt. Nach den Vorschriften des Artikels 6 haben „alle Saarländer das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln."

Glauben Sie, Herr Ministerpräsident, daß Sie durch ein derartiges durch nichts gerechtfertigtes Verbot die Stimme der aus dem Volke heraus geborenen Kritik zum Schweigen bringen können?

Glauben Sie, daß die Arbeitnehmer und die Rentner sich werden abhalten lassen, die erforderliche Angleichung ihrer Bezüge an die heutigen Verhältnisse zu verlangen?

Glauben Sie, Herr Ministerpräsident, daß der notleidende Mittelstand in Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe sich mit diesem Verbot einfach abfinden wird, und daß diese Kreise nicht auch weiterhin verlangen werden, daß ihre Interessen entsprechend den Vorschriften des Artikels 54 der Verfassung wirklich geschützt werden?

Glauben Sie, die Forderung der Erhaltung unseres politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Eigenlebens und die Schaffung einer planmäßigen Wirtschaftsordnung, welche die Existenz des Mittelstandes ermöglicht und damit auch Hunderttausenden von Arbeitern Brot geben wird, könne durch ein solches Verbot zum Schweigen gebracht werden?

Glauben Sie nicht, Herr Ministerpräsident, daß Ihr Verbot eine flagrante Verletzung der in der Verfassung garantierten Grundrechte darstellt? Sie sind als höchster Beamter unseres Landes auf die Verfassung vereidigt und umfaßt der Eid nicht die Verpflichtung, Ihr Amt gerecht und unparteiisch zu verwalten, die Verfassung und die Gesetze des Staates zu beachten, zu befolgen und zu verteidigen? (Artikel 121 der Verfassung).

Sie haben sich nach meiner Auffassung durch Ihr Verbot der Verletzung einer der Grundrechte der von Ihnen unterschriebenen Verfassung schuldig gemacht. Die Grundrechte der Verfassung sind in ihrem Wesen unabänderlich. Sie binden Gesetzgeber, Richter und Verwaltung unmittelbar. (Artikel 21 der Verfassung).

Im Verlaufe der Geschichte, besonders der letzten Jahrzehnte, hat man immer wieder versucht, die einfachen Grundrechte der menschlichen Freiheit zu vergewaltigen. Glauben Sie, Herr Ministerpräsident, daß Sie mit Methoden des Verbots, welche an die Vorhitlerzeit erinnern, auf die Dauer die berechtigte Kritik unserer Bevölkerung an den heutigen Zuständen zum Schweigen bringen können? Ich bin der Auffassung, daß nur in voller demokratischer Freiheit sich

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ein neues Leben in unserem so schwer durch den Krieg betroffenen Land entwickeln kann und glaube, daß Ihre Maßnahmen geeignet sind, eine ruhige Entwicklung zu verhindern und somit Ruhe und Ordnung zu stören.

Die „Freiheit" verboten

Düsseldorf. Die der Kommunistischen Partei nahestehende Zeitung „Freiheit" in Düsseldorf ist für die Dauer von drei Monaten, bis 18. Mai, verboten. Das Verbot wird damit begründet, daß die „Freiheit" die Anordnung der Militärregierung außer acht gelassen habe, die Verbreitung von Gerüchten zu unterlassen, welche „die Einheit der Alliierten untergraben oder Mißtrauen und Feindschaft des deutschen Volkes gegen eine der Besatzungsmächte hervorrufen könnten."

Düsseldorf. Die Landesleitung Nordrhein-Westfalen der KPD fordert die Aufhebung des Verbotes der kommunistischen „Freiheit". In der Erklärung heißt es, daß das Verbot sich auf einen Bericht stütze, in dem nicht ein einziges Wort stehe, welches eine Herabsetzung der Militärregierung bedeute. Die Verbotsmaßnahmen gegen kommunistisch lizenzierte Zeitungen in der britischen Zone hinterließen den Eindruck, als ob die Verbotstermine im Zusammenhang mit der jeweiligen politischen Situation ständen. Durch die Verbotsmaßnahme werde jede demokratische Entwicklung im deutschen Volk erschüttert. Die ersten Voraussetzungen demokratischen Denkens und Handelns seien Freiheit des Wortes und der Presse.

Neue sowjetische Dokumente

Moskau. Das sowjetische Informationsbüro erklärte in einer weiteren Dokumentenveröffentlichung als Antwort auf den Versuch der USA, mit Hilfe von Hitlerdokumenten eine Mitschuld der Sowjetunion am Hitlerkrieg festzustellen, der Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages von 1939 sei der „beste aller möglichen Auswege aus der damaligen Situation gewesen, ein „kluger und weitsichtiger Akt der Außenpolitik der UdSSR", der am Ende in gewaltigem Maße zum günstigen Ausgang des zweiten Weltkrieges für die Alliierten beigetragen hat. Die Sowjetunion habe stets nach einem Uebereinkommen mit den Weststaaten gegen die deutschen und italienischen Angriffe gestrebt, um eine kollektive Sicherheit zu finden. Die militärischen Verhandlungen mit den westlichen Militärdelegationen vor dem Abkommen mit Deutschland und dem Krieg hätten sich aber als leider ebenso fruchtlos erwiesen, wie die politischen. Als die Frage der Stärke bewaffneter Streitkräfte erörtert worden sei, die man im Falle einer Aggression Hitlers sofort einsetzen könne, habe Großbritannien die „lächerliche Zahl" von 5 Infanteriedivisionen und einer motorisierten Division genannt. Die Sowjetunion selbst habe 136 Divisionen, 5000 Geschütze, sowie 1000 Tanks angeboten.

Im übrigen stützen sich die Dokumente der Sowjetunion vor allen Dingen auf das Münchener Abkommen zwischen Hitler, Daladier, Chamberlain und Mussolini. Die Sowjetunion stellt fest, daß sie allein ihre Bereitschaft erklärt hatte, ihren Bündnispflichten gegenüber der angegriffenen Tschechoslowakei nachzukommen. Dagegen habe Chamberlain seine berühmten Besuche bei Hitler gemacht und es sei in deren Folge zu dem Abkommen von München mit Hilfe der westlichen Staaten gekommen, das die Tschechoslowakei endgültig ihrem Untergang ausgesetzt habe. Damals sei z. B. nicht einmal der tschechische Gesandte in Deutschland überhaupt zu den Besprechungen zugezogen worden.

Moskau. In einer weiteren Veröffentlichung werden die USA beschuldigt, 1943 durch Allan Dulles, den Leiter des strategischen Amtes der USA ohne Wissen der Sowjetunion Friedensverhandlungen mit den Nazis geführt zu haben. Damals habe Dulles zugesagt, die polnische Grenze solle weiter nach Osten verlegt werden (d. h. also weiter nach Osten der alten Reichsgrenze! Die Red.) und Rumänien und Ungarn zu einem „Schutzgürtel" gegen den Bolschewismus zu machen.

Polnische Dokumente über Kopf

Warschau. (Südena) Die Kommission für Aufdeckung deutscher Kriegsverbrechen in Polen hat den britischen Besatzungsbehörden in Berlin mehrere Dokumente übermittelt, durch die die Schuld Wilhelm Kopfs, des gegenwärtigen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, nachgewiesen werden soll, dessen Auslieferung die polnischen Behörden schon seit einigen Monaten verlangen. Auch Fotografien Kopfs wurden den britischen Behörden übersandt. Zahlreiche Zeugen hätten sich bei der polnischen Untersuchungskommission gemeldet, um Beweise für die verbrecherische Tätigkeit Kopfs und seines Sohnes zu erbringen.

Clara Viebig zum Volkskongreß

Berlin. Im Organ der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden, „Deutschlands Stimme", nimmt die bekannte Dichterin Clara Viebig Stellung zu dem Verbot der Bewegung im amerikanischen Sektor Berlins: „Ich bin befremdet und enttäuscht, daß diese Bewegung verboten wurde," schreibt die greise Dichterin, „und bekenne mich zum Gedanken des Friedens und der Einheit Deutschlands. Ich habe keinen größeren Wunsch, als die Erfüllung meiner Sehnsucht nach einem ungeteilten Deutschland."

Volkskongreß-Radiosendungen

Berlin. Unter dem Titel „Für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden" sendet der Berliner Rundfunk jeden Dienstag und Donnerstag von 22.15 bis 22.30 Uhr und jeden Sonntag von 17.45 bis 18 Uhr auf Welle 415 Meldungen und Berichte über die deutsche Volkskongreßbewegung.

Speisekammer-Kommissionen

Bremen. Zur Durchführung des Speisekammergesetzes werden allein im Lande Bremen 39 aus Normalverbrauchern, Bauern und Gewerbetreibenden zusammengesetzte Kontrollkommissionen am 24. Februar ihre Tätigkeit aufnehmen.

Kehl kein französischer Brückenkopf

Offenburg (UT). Nach einer französischen Richtigstellung sind Informationen einer ausländischen Nachrichtenagentur, die davon gesprochen hätte, Frankreich fordere einen Brückenkopf auf dem rechten Rheinufer zu seiner Sicherung und werde diese Frage auf der Londoner Dreierbesprechung betonen, mißverständlich oder absichtlich übertrieben dargestellt. Frankreich habe niemals einen strategischen Brückenkopf auf dem rechten Rheinufer errichten wollen. Eine solche Idee sei ohnehin im Zeitalter der Atombombe ein absurder Gedanke. Die französische Berichtigung spricht weiter davon, daß Außenminister Bidault lediglich im April auf der Moskauer Konferenz Grenzberichtigungen lokaler Bedeutung gefordert habe, u. a. die Angliederung des Kehler Hafens an den Straßburger Rheinhafen, nicht aus Sicherheits- oder strategischen Gründen, sondern weil die beiden Häfen gewissermaßen eine technische und administrative Einheit bildeten.

Kriegsverbrecher-Prozesse vor deutschen Gerichten

München. Eine Anzahl von Kriegsverbrecherprozessen vor deutschen Gerichten kündigte der stellvertretende bayrische Justizminister Dr. Müller in München an. Im Nürnberger Gefängnis befänden sich noch zahlreiche Personen, denen Kriegsverbrechen gegen Deutsche vorgeworfen werden. Eine Kommission der deutschen Länder sei damit beschäftigt, etwa 50 000 Dokumente zu prüfen. Nach der Sichtung soll das Material an die zuständigen Staatsanwaltschaften der Länder geleitet werden.

Ein weiterer deutscher KZ-Prozeß

Görlitz. Der ehemalige Kommandant des KZ Leschwitz bei Görlitz, Ernst Krüger, wird sich zusammen mit 13 Angehörigen der Wachmannschaften am 23. Februar vor der besonderen großen Strafkammer des Landgerichts Bautzen wegen Mißhandlung und Folterung von KZ-Häftlingen in Görlitz zu verantworten haben.

Sühne für Synagogenschänder

Ravensburg. (Südena). In dem Prozeß gegen 19 Angeklagte, die der Niederbrennung der Synagoge von Buchau am Federsee am Abend des 10. November beschuldigt wurden, fällte die Strafkammer des Landgerichts Ravensburg folgendes Urteil: Das Verfahren gegen den Hauptangeklagten, den ehemaligen SA-Brigadeführer und späteren Polizeidirektor von Ulm, Erich Hagenmeier, sowie gegen den früheren Ulmer Sturmbannadjutanten Ludwig Useld wird abgetrennt und mit dem Prozeß wegen der Zerstörung der Laupheimer Synagoge verbunden. Wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit und Beihilfe zur Brandstiftung werden bestraft: Der ehemalige SA-Führer Scheeder mit 14 Monaten Gefängnis, der frühere Bürgermeister von Buchau und SS-Untersturmführer Oechsle mit 10 Monaten, NSKK-Sturmführer Meier mit 8 Monaten, Sturmbannführer Ernst und Bauer Erasmus Barth mit je 6 Monaten, Sturmführer Müller mit 4 Monaten, Käsermeister Schad, SA-Truppführer Zwerger und SA-Mann Bendel mit je 3 Monaten Gefängnis, der Kraftfahrer Haid mit 500 Mark Geldbuße. Der ehemalige Ortsgruppenleiter Paul Schüßler wurde wegen zweier Verbrechen gegen die Menschlichkeit, in einem Falle zusammen mit Beihilfe zur Brandstiftung zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen.

Tagung der VVN-Hessen

Frankfurt (UT). In einer Arbeitstagung der VVN Hessen erklärte Staatskommisssar Dr. Epstein, daß die politisch Verfolgten nicht irgendwelche „Sonderbelobigungen", sondern nur eine gesetzliche Rechtssicherheit für das an ihnen begangene Unrecht beanspruchen zur Wiedererlangung einer normalen Existenz. Auf der Tagung wurde erneut ein Lastenausgleich zu Gunsten der Opfer des Faschismus verlangt. In der Entnazifizierung sei es an der Zeit, die Verfolgung der Mitläufer und kleinen Pg's endgültig einzustellen und sich den großen Mitgliedern der NSDAP zuzuwenden, die bezeichnenderweise immer noch leitende Stellen einnehmen. Dr. Eugen Kogon, Verfasser des Buches „Der SS-Staat", wies darauf hin, daß hohe Träger des Nazismus, ehemalige aktive Offiziere und Angehörige des Auswärtigen Amtes sich wieder entscheidende Positionen aneignen wollten. Dem entgegen müßten aus den Reihen der VVN Kräfte erzogen werden, die in der Lage seien, Deutschland eines Tages zu repräsentieren.

Büdingen. (UT). Dr. Epstein hat seinerzeit durch den Büdinger Betreuungsausschuß mit 3:2 Stimmen den Betreuungsausweis Pastor Niemöllers für ungültig erklärt, als Antwort auf die bekannte Kanzelankündigung Niemöllers gegen die weitere Teilnahme der evangelischen Geistlichen Hessens an der Entnazifizierung und dagegen, daß Niemöller den von der Gießener Spruchkammer als belastet eingestuften Prof. Bertram in der Gemeinde Düdelsheim eingesetzt hatte. Bertram war einer der leitenden Mitarbeiter an dem berüchtigten nazistischen „Institut zur Erforschung der Judenfrage"!

Darmstadt. Die sofortige Einleitung eines Spruchkammerverfahrens gegen die für den Kanzelbrief verantwortlichen Mitglieder der evangelischen Kirchenleitung Hessen-Nassau forderten die Angestellten der Spruchkammer des Kreises Bergstraße vom hessischen Befreiungsminister.

Zwei Millionen Mark für ehem. KZ-Insassen

Stuttgart. Zwei Millionen Mark wurden von der US-Militärregierung zur sofortigen Verteilung an frühere Insassen der Konzentrationslager genehmigt. Das Geld dient zur Beseitigung besonderer Härtefälle, zur Gewährung von Beihilfen, sowie für Heil- und Erholungskuren. Es stammt aus dem Erlös von Aufführungen Schweizer Filme in der amerikanischen Zone („Die letzte Chance", „Marie Louise").

Scharfer Protest gegen das Verbot sportlicher Veranstaltungen an Sonntagen

Lörrach. Der Sportverein „Rot-Weiß" (Lörrach), an Mitgliederzahl der stärkste Verein der französischen Zone, an Zahl der Aktiven einer der stärksten Vereine und leistungsmäßig in fast allen Sparten an führender Stelle in Südbaden, protestiert in einer Eingabe an den Badischen Landtag gegen den dort vorliegenden Gesetzentwurf über das Sportverbot an Sonntagvormittagen. Wörtlich heißt es in dem Protest:

„Unsere Mitglieder und hier wieder besonders die große Zahl der aktiven Jugend, finden kein Verständnis für die rückschrittlichen Absichten eines Teils der Abgeordneten des Badischen Landtags und Mitglieder der Regierung. Es wird mit Befremden festgestellt, daß sich vom Volke gewählte Vertreter, in einer Zeit, wo es um wichtigere Dinge des täglichen Lebens gehen sollte, **gegen den Willen breitester Volksschichten wenden.**

Wir sehen in dieser Absicht des Verbots von sportlichen Veranstaltungen an den Sonntagvormittagen den kommenden Konflikt zwischen der sporttreibenden Jugend und der Kirche und bedauern die Kurzsichtigkeit und Verständnislosigkeit zeitfremder Kräfte in Südbaden.

In Zeiten, wo der Papst große Sportsleute aller Rassen und Länder in Audienz empfängt, seinen Segen zu großen völkerverbindenden Sportveranstaltungen gibt, bringen **unzeitgemäße Vertreter des Volkes** von Südbaden in die Reihen der sporttreibenden und sportbegeisterten Jugend Unfrieden und Unruhe in dieser schweren Zeit. gez. Walter Krauß, Präsident."

Italien erhält Verwaltung seiner Kolonien zurück

Moskau. Die Sowjetunion hat der italienischen Regierung ihr Einverständnis damit erklärt, daß die Verwaltung der ehemaligen Kolonien Italiens an dieses zurückgegeben wird. Die USA und Frankreich stimmen diesem Plan ebenfalls zu.

Sowjetisch-iranische Wirtschaftsverhandlungen

Teheran. Der Iran hatte immer Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und es ist also natürlich, daß Wirtschafts- und Handelsbesprechungen mit Sowjetrußland wieder aufgenommen werden, erklärte der iranische Ministerpräsident Ibrahim Ha Kimi. Er sagte: „Ich hoffe, daß uns diese Verhandlungen, die zwecks Abschluß eines neuen Handelsvertrages auf der Basis gegenseitiger Achtung, der beiden Nationen gemeinsamen Interessen, geführt werden, die Möglichkeit geben, die freundschaftlichen Bande, die uns mit der UdSSR vereinen, noch enger zu knüpfen."

Zahlen des Weltarbeitsmarktes

Nach einer Uebersicht des internationalen Arbeitsamtes in Montreal (Kanada) zeigen die Beschäftigung im Jahre 1947 gegenüber 1946 eine allgemeine Besserung.

England hatte Ende September 260 000 Arbeitslose gegenüber 400 000 Ende 1946, Kanada hatte Ende August 73 000 (1,4% der Gesamtarbeiterschaft) gegenüber 115 000 Ende November 1946, und Australien Ende Juni 6200. Die Verein. Staaten melden für Ende Oktober 1 687 000 Arbeitslose (2,6%) gegenüber 2 270 000 (3,9%) im Durchschnitt des Jahres 1946.

Während Frankreich, die Niederlande, Belgien und die Schweiz eine Abnahme der Arbeitslosen melden, wuchs die Zahl in Italien auf 1 870 000 an. Damit erreichte die Arbeitslosigkeit in Italien den höchsten Stand aller europäischer Länder. In Schweden sank die Arbeitslosenzahl um 4000 auf 13 000, während in Norwegen, Dänemark und Finnland keine merklichen Aenderungen zu verzeichnen sind.

In allen Besatzungszonen Deutschlands sank die Arbeitslosigkeit Ende Juni 1947 auf 886 000 (3,1%) gegenüber 1 412 000 (5,5%) im Jahr 1946.

Handelsabkommen Sowjetzone-Jugoslawien

Berlin. Zwischen Jugoslawien und der sowjetischen Zone wurde ein Handelsabkommen unterzeichnet, aufgrund dessen Jugoslawien verschiedene Rohstoffe für die Industrie, Tabak, Hanf und landwirtschaftliche Produkte liefern wird. Als Gegenleistung erhält Jugoslawien aus der sowjetischen Zone Maschinen, elektrotechnisches Material, Präzisionsgeräte, Werkzeuge und weitere Industrieprodukte.

Bulgarien verstaatlicht Oelhandel

Sofia. Nach einer kürzlich dem Büro der großen Nationalversammlung eingereichten Gesetzentwurf wird der Handel mit Erdölprodukten in Bulgarien Staatsmonopol.

Sowjetischer Ankläger für strenge Strafe

Tokio. Vor dem internationalen Gerichtshof in Tokio begann General Vassiliew mit der Verlesung der Anklageschrift gegen die 25 Angeklagten. Er forderte eine strenge Bestrafung der japanischen Militär-Clique als Warnung für diejenigen, welche in ihrem Wahn, die Welt zu beherrschen, einen neuen Krieg heraufbeschwören möchten. Der Sowjetische Staatsanwalt betonte, daß die Angeklagten gefährlich sind, weil die Clique der reaktionären Elemente fortsetze, sich um diese zu sammeln. Er erinnerte daran, daß Tojo und seine Mitangeklagten nicht nur ihre Verbrechen zugaben, sondern ihre Handlungsweise verteidigten und sich zahlloser militärischer und diplomatischer Zeugen bedienten, um aus dem Gerichtshof ein letztes Rednerpult für ihre Propaganda zu machen.

Amerikanischer Vorschlag zur Einheit Westeuropas

Washington. Die Auslandshilfekommission der Kamer veröffentlicht einen Bericht über die von den europäischen Ländern zu ihrer gegenseitigen Unterstützung zu befolgenden Methoden. Darin wird als notwendig erachtet, daß diese Länder ihre eigenstaatlichen Pläne in den westeuropäischen Wirtschafts-Wiederaufbauplan eingliedern, daß das Privatvermögen und das der Regierungen an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands gemeinsam beteiligt werde, daß Großbritannien seine Kohlenausfuhr verstärke, daß die Stromversorgung und der Eisenbahnverkehr für die gesamten westeuropäischen Länder einheitlich geregelt und eine westeuropäische Zollunion geschaffen werde.

„CDU steht zur Blockpolitik"

Berlin. „Die CDU tritt zuverlässig für die Einheit Deutschlands ein und hält nach wie vor an der Blockpolitik der Sowjetzone fest", erklärte Prof. Dr. Hickmann, der Leiter des Direktorates der CDU in der Sowjetzone in dem Parteiorgan „Neue Zeit."

Frischer Wind in Entnazifizierung

Berlin (Südena). Auf einer Konferenz der Innenminister der sowjetischen Zone in Berlin haben die Minister beschlossen, daß nur die aktiven Nazis vor den Spruchkammern erscheinen sollen. Den gewöhnlichen Mitgliedern der Nazi-Organisationen wird Gelegenheit gegeben, durch Teilnahme an Wiederaufbauarbeiten wieder gleichberechtigte Bürger zu werden.

Einladung der KP-England an Grotewohl

Berlin. Otto Grotewohl, Vorsitzender der SED, hat nach einer Mitteilung seines Sekretärs Antrag auf Einreisegenehmigung nach England gestellt, um an dem bevorstehenden Kongreß der Kommunistischen Partei Englands teilnehmen zu können.

Berufung an die Universität Halle

Halle UT). Von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat Prof. Dr. Franz Kirchheimer (Freiburg) eine Berufung zum Professor in die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät mit dem Lehrgebiet Palaeo-Botanik und Kohlenkunde erhalten.

Konflikt bei den Falklandinseln

London. Wie Staatsminister Hector Mac Neil im Unterhaus erklärte, setzten die augenblicklich in den britischen Gewässern bei den Falklandinseln operierenden **argentinischen und chilenischen** Marinestreitkräfte **Truppen auf englischem Hoheitsgebiet** an Land.

Kleine Zeitung

Der für die 14 ehemaligen Naziärzte und „Wissenschaftler", die in Nürnberg zum Tode und hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, gestellte Revisionsantrag wurde abgelehnt. / **Aufhebung des Gesetzes über Meldepflicht von Frühgeburten und Schwangerschaftsunterbrechungen,** das vom bayrischen Landtag beschlossen wurde, forderte die Vereinigung praktischer Aerzte Bayerns. / Als ehemaliger Pg. und **Zeuge bei einem Verfahren auf die eigene Todeserklärung,** stellte sich der frühere Referent für Interzonenhandel in Nordrhein-Westfalen heraus. / Nach Meldung der „Freiheit" wurde die **Entlassung der beiden KP-Minister in Nordrhein-Westfalen** zwei Stunden vor ihrer Anordnung im Landtag, im Londoner Rundfunk bekanntgegeben. / Uebernahme der ehemaligen Opel-Werke **durch die General-Motors** in Aachen wird gemeldet. / **Eine Ausstellung „Das Jahr 1848 und die deutsche Einheit"** veranstaltet der deutsche Volkskongreß zu seiner zweiten Tagung am 18. März. / **Marschall Sokolowski spendete 10 000** Mark für die Wiederherstellung des Naumburger Domes. / **Schärfere Maßnahmen gegen Arbeitsscheue** forderte die Alliierte Kommandantur Berlins vom Magistrat. / **Dr. Ernst Reclam, Chef des gleichnamigen Verlages,** der im Fragebogen die Zahlung als förderndes Mitglied der SS verschwiegen hatte, ist aus der vorübergehenden Haft entlassen worden. / **Die VVN** wurde von den norwegischen und dänischen Landesorganisationen der ehemaligen politischen Gefangenen zur Teilnahme an deren Landeskongressen eingeladen. / **Der Enkel von Karl Marx,** Dr. Edgar Longuet, traf zu der Hundertjahrfeier des Kommunistischen Manifestes in Moskau ein. / Die erste **Frau als Minister Bulgariens** ist Cola Tragocheva, die das Ministerium für Postwesen inne hat. / Außenminister Masaryk der **Tschechoslowakei** erklärte, sein Land sei stets **für ein geeintes Deutschland** gewesen. / **Exkönig Michael** von Rumänien wird sich endgültig in den USA niederlassen. / **Der Sowjet-Filmregisseur Prof. Eisenstein,** Schöpfer des „Panzerkreuzer Potemkin" ist in Moskau gestorben. / Das rumänische Abgeordnetenhaus ratifizierte einstimmig den **Freundschafts- und Beistandspakt zwischen Rumänien und Ungarn.** Ein Eisenbahnunglück bei Lille forderte bisher 18 Tote. / Das Projekt eines Tunnels unter dem Aermelkanal behandeln britische und französische Vertreter am 16. und 17 März in London.

UNSER TAG
Volkszeitung für Baden Organ der KP
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1 Tel 1374 Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg –
Redaktionskollektiv:
Dr. Karl Bittel (Chefredakteur), Karl Ehmann, Hanns Adam Faerber (Chef vom Dienst), Dr. Adolf Hirt, Dr. Walter Kunze, Gustav Venedey – Verlagsleiter Hermann Jerrentrup
Verlag: Südwest-Verlag GmbH (17b) Offenburg, Hauptstr 115, Postfach 381 Fernruf 2707 Erscheint mittwochs u. freitags. – Bezugspreis monatl 1.50 Mk.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

100 Jahre „Manifest“ der Kommunistischen Partei

Die erfolgreichste politische Kampfschrift der Weltliteratur

Am 21. Februar 1848 wurde die erste wissenschaftliche Programmschrift des Sozialismus veröffentlicht: Das Manifest der Kommunistischen Partei. Es ist die Geburtsurkunde der modernen klassenbewußten Arbeiterbewegung. Herausgegeben hat es die internationale Verbindung des „Bundes der Kommunisten“, seine Verfasser waren Karl Marx und Friedrich Engels. Das Kommunistische Manifest erschien damals zuerst in deutscher Sprache und ist seitdem in alle Sprachen der Welt übersetzt worden.

Diese geniale Manifestation steht am Beginn der sozialistischen und kommunistischen Bewegung, die in dem kurzen geschichtlichen Zeitraum eines Jahrhunderts über den ganzen Erdball gelaufen ist. Gibt es doch kein Land der Erde, wo der Sozialismus in seiner modernen marxistischen Prägung nicht geistig und organisatorisch Fuß gefaßt hätte. Machtvolle Arbeiterparteien kämpfen unter den roten Fahnen des kommunistischen Manifestes von 1848. Auf einem Sechstel der Erde wehen die siegreichen Banner der machtvollen Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, auf denen die Losung des Manifestes — „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ —, in goldenen Lettern geschrieben steht.

Die Kampfansage an den Kapitalismus, die vor 100 Jahren zuerst in dem schmalen Heftchen des Manifestes erhoben wurde, ist heute zur weltbewegenden Aktion geworden. Seine Alternative „Kapitalismus oder Kommunismus“ steht am Ende eines zweiten imperialistischen Weltkrieges auf der Tagesordnung der großen Weltpolitik. Das monopolkapitalistische Amerika ist der Repräsentant der einen, die Sozialistische Sowjetunion der Repräsentant der Gegenseite.

Alles was der Kapitalismus heute noch zu seiner Verteidigung vorzubringen weiß, wurde schon vor hundert Jahren von Marx und Engels gebrandmarkt und widerlegt. Der Nachweis der Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus ist geführt. Es liegt an der Menschheit, wie lange sie ein zum Untergang bestimmtes System noch ertragen und ihm Opfer bringen will.

Längst leuchtet aus dem Osten die Morgenröte der Sozialistischen Zukunft! Auch dieser Nachweis der Notwendigkeit des Sozialismus und Kommunismus als nächster Epoche der Menschheitsgeschichte ist im Manifest geführt. Wohl denen, die auf dieser Seite des Kampfes stehen.

Das zweite Jahrhundert des sozialistischen Kampfes hat am Jubiläumstage des „Kommunistischen Manifestes“ begonnen — der Sieg ist uns gewiß!

Das Manifest zeigt den Weg zum Sozialismus

Die tragende und zündende Grundidee des Kommunistischen Manifestes ist die wissenschaftliche Feststellung, daß die wahrhaft fortschrittliche Entwicklung der Menschheit in der Gegenwart zusammenfällt mit der Erfüllung der Interessen des Proletariats.

In der bisherigen Geschichte sind Klassen notwendig gewesen, weil die Produktion der materiellen Notwendigkeiten des menschlichen Lebens nahezu die gesamte Arbeitszeit der meisten Menschen infolge geringer Produktivität in Anspruch nahm und deshalb Produktionsverhältnisse bedingte, die Mehrarbeit in Form der Zwangsarbeit erheischten. Heute ist durch die fortschreitende Arbeitsteilung, die gigantische Erhöhung der industriellen Kraft, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft und nur gesellschaftlich anwendbarer Arbeitsmittel die Vergesellschaftung und Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit derart gestiegen, daß die monopolistische Ausbeutung des Eigentums an den Produktionsmitteln zu einem Hemmnis für die volle Entfaltung des möglichen gesellschaftlichen Reichtums wird.

Untergang des Kapitalismus und Heraufkommen des Sozialismus vollziehen sich aber nicht mit mechanischer, sondern mit dialektischer Notwendigkeit. Es gibt nach Lenin keine ausweglose Situation für den Kapitalismus. Marx weist darauf hin, daß die geschichtlichen Klassenkämpfe entweder mit der revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen endeten.

Er gibt eine meisterhafte Darstellung der großen Grundlinien der Entwicklung des Proletariats. Zum ersten Male ringt in der Geschichte der Menscheit die große Masse der Unterdrückten bewußt um ihre Befreiung. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Ihr großer Endzweck ist die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse. Diese Befreiung ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe. Die Kommunisten als der entscheidende Teil des Proletariats setzen sich als nächste Aufgabe die Bildung des Proletariats zur Klasse und die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Politik ist Kampf um die Macht im Staat (als Innenpolitik). Der Staat ist Klassenkampfinstrument. Das Proletariat ergreift die Staatsmacht, organisiert sich als herrschende Klasse und wendet die politische Macht zur Zerschlagung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an.

Die Darstellung von drei wichtigen Ergebnissen der kapitalistischen Entwicklung bildet den Inhalt des welthistorischen Dokuments.

A. Wachsende Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft (notwendiger Untergang).
B. Wachsende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses als wichtigste positive, materielle Grundlage des Kommunismus, der allein fähig ist, die Widersprüche des Kapitalismus zu lösen.
C. Wachsen des Bewußtseins, der Macht und Schlagkraft des internationalen Proletariats und seiner Organisationen, der subjektiven Vollstrecker der Notwendigkeit des Kommunismus.

Es ist klar, daß Marx und Engels hier das Thema nicht nur des 19. und 20. Jahrhunderts angeschlagen haben. Marx hat später der genialen umfassenden Frühschau des Kommunistischen Manifestes die intensive, peinlich exakte, gesetzfundierte wissenschaftliche Einzelleistung des „Kapital“ folgen lassen.

Wer wollte den beiden jugendlichen Revolutionären Vorwürfe machen, daß sie im Feuer der Ergriffenheit die Dauer vorausgesehener Entwicklungen verkürzten und sozusagen mit Zeitrafferblick ins Wesentliche verdichteten? Sie leben im Kommenden, empfinden die Zukunft gegenwärtig und spüren das Morgen als reifendes Heute. Tausendmal ist die Großartigkeit ihrer Prognosen angezweifelt, widerlegt und geschmäht worden, und tausendmal wurden ihre Feststellungen als eherne Wahrheiten ausgegraben und dienten dem kämpfenden Weltproletariat in seinen wechselvollen Sturmläufen zur neuen Gesellschaft als Richtschnur. Das monumentale Gebäude der Sowjetunion ist zu einem wesentlichen Teil auf dem Fundament des Kommunistischen Manifestes aufgebaut. Hunderttausende proletarischer Kämpfer haben in ihm zwar nicht ihre Bibel, aber ihren Leitfaden zum richtigen Handeln gefunden. Es ist der Ausspruch getan worden, daß alles Wissen vom Wesen der modernen Gesellschaft im Kommunistichen Manifest eingeschlossen sei

Für uns Menschen der Trümmer, denen der moderne Imperialismus die Furchen der Dialektik tief in Sein und Bewußtsein gegraben hat, ist das Manifest immer wieder eine Fundgrube des Erkennens, der Kraft und der Tat. Wenn wir heute mit aller Inbrunst eines Existenzkampfes um die Einheit der Arbeiterklasse und die Einheit Deutschlands ringen, dann ist uns diese Aufgabe ein Teil jenes großen Zieles der vernünftigen und gerechten Formung der Erde und des menschlichen Seins, zu dem Marx und Engels die Arbeiter aller Zonen riefen mit ihrem aufwühlenden Fanal: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Ein winziger Bruchteil des ungeheuren, unausschöpfbaren Inhalts der Urschrift des modernen Proletariats ist hier beleuchtet worden. Nicht nur loben, nicht nur feiern sollst du das Kommunistische Manifest, lies es, studiere es, setze dich kritisch mit ihm auseinander, wende seinen richtigen Inhalt praktisch an, lebe das Kommunistische Manifest. „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Dr. Herbert Schaller

Bürger Dr. Marx und Engels

Seit dem Ausgang des Mittelalters hatten sich die Besten des europäischen Bürgertums um die Fahne der Freiheit geschart. Die Bürger wurden zu Revolutionären, die frei sein wollten von den Bindungen des Mittelalters. Sie griffen kühn in die Speichen des Weltenrades. So erkämpfte sich das englische Bürgertum 1649 und 1688, das französische in der Großen Revolution von 1789 diese Freiheit, die zur Macht wurde, als das Bürgertum die Erfindungen (Dampfmaschine, Eisenbahn, mechanischer Webstuhl, Spinnmaschine) in den Dienst dieses Kampfes stellte.

Das deutsche Bürgertum war noch nicht in den Besitz der vollen Freiheit und somit der Macht gelangt. Der Adel beherrschte das ganze Leben und verhinderte, daß das Bürgertum und damit die deutsche Geschichte Anschluß fand an die europäische Entwicklung. Alle Versuche der Studenten und Geistesvertreter, das deutsche Schicksal in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu wenden, mißlangen.

Mit dem Einzug der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland gerieten zu Beginn des 19. Jahrhunderts größere Bevölkerungsteile in Bewegung. Die unfreien Lohnarbeiter, durch die Ausbeutung in Krankheit, Not und Elend getrieben, standen auf. Weit über Europa ging die Kunde vom Aufstand der schlesischen Weber 1844. Die Handwerksgesellen und kleinen Meister aber, die zwischen den Fabrikkolossen zerrieben wurden, hörten die Worte englischer und französischer Menschenfreunde, die an Stelle der kapitalistischen Ausbeutung einen utopischen Sozialismus setzten, der in ihren warmen Herzen und kiugen Köpfen entstanden war. Dieser utopische Sozialismus eines Robert Owen, Charles Fourier, St. Simon und bald des deutschen Schneidergesellen Wilhelm Weitling plante und malte das Leben, das die Menschen führen würden und müßten, wenn sie — wie sie meinen — nur edel dächten und einsichtig wären.

Im Jahre 1834 fanden sich Handwerker und Arbeiter, darunter viele Deutsche, die ihrem Vaterland den Rücken gekehrt hatten, in Brüssel und Paris im geheimen „Bund der Geächteten“ zusammen. Aus den Geächteten wurden die für Gerechtigkeit Kämpfenden. 1836 tauften sie die Geheimorganisation in „Bund der Gerechten“ um.

Seit dem Sommer 1843 tritt nun in diese Kreise ein Mann des deutschen Bürgertums: Dr. Karl Marx. Der Gelehrte und Forscher erkennt die letzten Endes treibenden Kräfte in der Geschichte — dort, wo die Menschen schaffen, wo sie mit Werkzeugen und Maschinen arbeiten, wo sie um ihren Lebensunterhalt kämpfen, dort haben diese Kräfte ihren Ausgangspunkt. Ja, Hegel hat schon recht, das Rad der Geschichte bleibt nicht stehen, alles entwickelt sich. Aber nicht der Weltengeist greift von außen her ein, sondern das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein. Die Menschen, in Schichten geteilt, die unter kleinen Verhältnissen leben, kämpfen mit anderen um die Freiheit, ihr Leben nach ihren Ansprüchen einzurichten. So entwickelt sich der Klassenkampf zwischen dem Adel und dem Bürgertum und zwischen dem Bürgertum und den Ausgestoßenen, dem Proletariat.

Das Proletariat, als kommende Klasse, wird die künftige Geschichte gestalten,

so zeichnet sich das Werden vor Karl Marx ab.

*

Friedrich Engels, Mitbesitzer einer Textilfabrik in England, sieht mit eigenen Augen die Schattenseite des Kapitalismus: das vegetierende Proletariat. Er schreibt 1845 sein erschütterndes Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ und zwei Jahre später, in Zusammenarbeit mit dem „Bund der Gerechten“, seine „Grundsätze des Kommunismus“. Auch Marx formuliert seine Gedanken von der weltumgestaltenden Aufgabe des vierten Standes. Beide setzten an Stelle des aus dem Mitleid mit den Armen geborenen Planes eines sozialistischen Gemeinlebens das Erkennen des geschichtlichen Werdens in der Vergangenheit und Gegenwart. Aus diesem Erkennen wächst die zukünftige Tat: die Arbeiter müssen aus ihrem Vegetieren sich befreien, müssen denken, das allgemeine Schicksal und ihr eigenes in Zusammenhängen erkennen lernen und sich zu gemeinsamer Tat zusammenschließen.

Als im Dezember 1847 der „Bund der Kommunisten“, wie nunmehr der „Bund der Gerechten“ heißt, Marx und Engels beauftragt, gemeinsamen das Bekenntnis des Bundes zu entwerfen, gestalten beide das „Kommunisti, sche Manifest“.

Dr. Erich Schaarschmidt

Ein kommunistisches Flugblatt vor hundert Jahren

Vollständiger Text aus der „Berliner Zeitungshalle“ vom 5. April 1848

Als Ergänzung zu dem im Februar 1848 veröffentlichten „Manifest“ gab das Kommunistische Comitee für Deutschland im März 1848 ein kleines Flugblatt heraus, welches das Gegenwartsprogramm der damals jungen Organisation verkündet. Unsere Kommunistische Partei war während der 48er Revolution zwar eine noch sehr kleine Gruppe, aber die entschlossene und zielklare Vorhut der Revolution im Kampf um eine nationale und soziale Neugestaltung Deutschlands, die eine einzige unteilbare Republik werden sollte.

Merkwürdigerweise ist dieses Flugblatt bis heute in Deutschland in seinem vollen Umfang nicht wieder veröffentlicht worden. Als es Friedrich Engels in seiner „Geschichte des Bundes der Kommunisten“ zitierte, brachte er es nicht vollständig zum Abdruck (aus Gründen, die uns unbekannt sind).

Es fehlten darin so wesentliche Forderungen, wie unentgeltliche Gerechtigkeitspflege, entschädigungslose Beseitigung der Feudallasten, Enteignung der Privatbanken, völlige Trennung von Kirche und Staat usw.

Mit diesen Auslassungen steht es leider auch heute noch in den neuesten Ausgaben des „Kommunistischen Manifestes“.

Wir regen dringlichst an, daß dieses historische Flugblatt in den zukünftigen Ausgaben des Manifestes in vollem Wortlaut aufgenommen wird!

Mit Freude können wir unseren Lesern nachstehend einen vollständigen Originalabdruck vorlegen. Er ist einer Zeitung vor 100 Jahren („Berliner Zeitungshalle“ vom 5. April 1848) entnommen. -tt-

*

Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland

Motto: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

1. Ganz Deutschland wird zu einer einzigen, unteilbaren Republik erklärt.

2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt, daß er keine Kriminalstrafe erlitten hat.

3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.

4. Allgemeine Volksbewaffnung. Die Armeen sind in Zukunft zugleich Arbeiter-Armeen, so daß das Heer nicht bloß, wie früher, verzehrt, sondern noch mehr produziert, als seine Unterhaltungskosten betragen. Dies ist außerdem ein Mittel zur Organisation der Arbeit.

5. Die Gerechtigkeitspflege ist unentgeldlich.

6. Alle Feudallasten, alle Abgaben, Fronden, Zehnten usw., die bisher auf dem Landvolk lasteten, werden ohne irgend eine Entschädigung abgeschafft.

7. Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw., werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit betrieben.

8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt. Die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

9. In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtschilling als Steuer an den Staat gezahlt. — Alle diese unter 6, 7 8 und 9 angegebenen Maßnahmen werden gefaßt, um öffentliche und andere Lasten der Bauern und kleinen Pächter zu vermindern, ohne die zur Bestreitung der Staatskosten nötigen Mittel zu schmälern und ohne die Produktion selbst zu gefährden. — Der eigentliche Grundeigentümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Anteil. Seine Konsumtion ist daher ein bloßer Mißbrauch.

10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat. — Diese Maßregel macht es möglich, das Kreditwesen im Interesse des ganzen Volkes zu regeln und untergräbt damit die Herrschaft der großen Geldmänner. Indem sie nach und nach Papiergeld an die Stelle von Gold und Silber setzt, verwohlfeilert sie das unentbehrliche Instrument des bürgerlichen Verkehrs, das allgemeine Tauschmittel, und erlaubt, das Gold und Silber nach außen hin wirken zu lassen. Diese Maßregelung ist schließlich notwendig, um die Interessen der konservativen Bourgeosie an die Revolution festzuschmieden.

11. Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Wege usw. nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt.

12. In der Besoldung sämtlicher Staatsbeamten findet kein anderer Unterschied statt als der, daß diejenigen mit Familie, also mit mehr Bedürfnissen auch ein höheres Gehalt beziehen als die übrigen.

13. Völlige Trennung von Kirche und Staat. Die Geistlichen aller Konfessionen werden lediglich von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet.

14. Beschränkung des Erbrechtes.

15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuer.

16. Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantiert allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.

17. Allgemeine unentgeltliche Volkserziehung.

Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernlandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Maßregeln zu arbeiten. Denn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen, die bisher in Deutschland von einer kleinen Anzahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen, als den Hervorbringern alles Reichtums, gebührt.

Das Comitee:

Karl Marx *Karl Schapper* *H. Bauer*
F. Engels *J. Moll* *W. Wolff*

Ein literarisches Meisterwerk

Wie kaum ein anderes Werk hat das Kommunistische Manifest im wahrsten Sinne des Wortes die Welt bewegt. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn in der alten Professorenweise gedankliche Spekulationen ihren sprachlichen Niederschlag in blutleeren Abstraktionen gefunden hätten. Es war möglich und notwendig, weil hier die unabweisbare Logik der Tatsachen, in Begriffe gefaßt ihren gültigen sprachlichen Ausdruck prägte. Hier ist die völlige Uebereinstimmung von Form und Inhalt erreicht und damit die Voraussetzung für eine wirklich schöpferisch gestaltende Darstellung geschaffen, wie sie das Kennzeichen großer Literatur ist.

Das zeigt sich schon im Aeußeren, in einer Gliederung, die nicht konstruiert, sondern organisch gewachsen, nicht gewollt, sondern notwendig und also selbstverständlich ist. Das zeigt sich aber noch deutlicher in der Darstellungsweise. Diese erste Urkunde des wissenschaftlichen Sozialismus beschränkt sich nicht darauf, Thesen zu stellen und zu beweisen, sondern sie zeichnet mit wenigen Strichen ungemein anschaulich ein Bild der Menschheitsgeschichte. Und auch dabei wiederum beschränkt sie sich nicht auf die nachträgliche Sinngebung des Vergangenen, sondern sie deutet das Kommende. Sie tut das auf Grund eines mit wissenschaftlicher Genauigkeit aufgezeigten Entwicklungsgesetzes, aber sie tut es auch mit dem Pathos der Menschlichkeit. Aus

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ihren Worten spricht der Forscher wie der Seher, der kühl wägende Verstand wie die heiße Leidenschaft des Aendernwollens. Wenn überhaupt irgendwo, dann zeigt sich hier die Sprache in ihrer doppelten Funktion: als Mitteilung und als Ausdruck, ein Vorgang, den man sonst eigentlich nur im Bezirk der großen Dichtung beobachten und erleben kann. Die Leuchtkraft der Gedanken ist so stark, daß sie den alltäglichsten Worten von innen her Glanz verleiht; die Begriffe formen sich so plastisch, daß der einzige, ihnen gemäße Ausdruck die Metapher, das sprachliche Bild wird. Gedanke und Wort befruchten sich gegenseitig. So wächst der Satz über die bloße Mitteilung eines Sachverhaltes hinaus, und umgekehrt eröffnet die schmucklose Mitteilung einer Tatsache Perspektiven in andere geistige Dimensionen. Und wie der Begriff das Wort formt und der Gedanke den Satz, so spannt der Gedankengang den stilistischen Bogen vom Beginn bis zum Ende des Manifestes.

Breit rollen die ersten Sätze das Bild der — damaligen — Gegenwart auf, breit — in der gelassenen Ruhe dessen, dem die Zukunft gehört — verströmen die letzten. Nicht Abschluß eines Gedankenganges, sondern Signal einer neuen Welt aber sind die Worte, die darunterstehen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Zwischen diesem Ende und diesem Beginn lebt — erregend gegenwärtig und leibhaftig — in völlig neuer Schau die Weltgeschichte vor uns auf. Im hämmernden Takt kurzer Sätze vollzieht sich auf dem kargen Raum weniger Druckseiten die Entwicklung vom Feudalstaat zum Staat der Bourgeoisie, im bedachtsamen Rhythmus kunstvoll gegliederter Vortfolgen zeichnet sich das allmähliche Aufkommen des Dritten Reiches ab, und mit lapidarer Monumentalität werden die Folgerungen aus der Entwicklung gezogen.

Die gedankliche Kraft, die uns mit dem Kommunistischen Manifest nicht nur das Fundament einer neuen Wissenschaft, sondern auch ein Meisterstück deutscher Prosa bescherte, wirkt sich nicht nur in Gliederung und Aufbau des Werkes, nicht nur in der gleichzeitigen Funktion der Sätze als Mittel von Ausdruck und Mitteilung aus, sondern auch in der Schöpfung neuer, außerordentlich bildkräftiger Worte. Als ein Beispiel für viele andere sei nur dieses hier zitiert: „Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten." — Zu einer „heiligen Hetzjagd"! — das ist zweifellos eine ebenso überraschende, neue wie einprägsame Formierung. Oder wurde bisher etwa eine Jagd „heilig" genannt? Eilig war sie wohl schon immer, eine Hetzjagd, und der Wortlaut und -klang „eilig" ist auch jetzt noch in dem Wort vorhanden. Aber der eine, dem „eilig" vorgestellte Buchstabe vollbringt ein Sprachwunder. Mit einem Schlage macht er eine ganze Welt von Lüge und Heuchelei lebendig, eine Welt, die ihre ängstliche Eile, die Profite zu retten, mit dem Heiligenschein eines Kreuzzuges für die „höchsten Güter" verdanken möchte. Ein einziges Wort sagt mehr über eine politische Situation aus, als eine unverständliche Analyse es vermöchte.

Das Kommunistische Manifest, das vor hundert Jahren erlassen wurde, um die Welt zu verändern, vermag noch heute diesem Zweck zu dienen, nicht zuletzt deshalb, weil hier Wahrheit wahrhaftigen Ausdruck fand in einem literarischen Meisterwerk.

Rolf Sievers

Baden-Baden. Bekanntmachung an alle Sowjetbürger, die in der französischen Besatzungszone Deutschlands weilen: Alle Erkundigungen und Konsultationen bezüglich der Heimkehr nach der Heimat können bei den sowjetischen Offizieren für die Repatriierung, die sich an folgenden Orten befinden, erhalten werden: 1. Baden-Baden, Fremersbergstr. 39, Tel. 3348, Oberstleutnant Gorelov. 2. Emmendingen, Eisenbahnstation, Sammelstelle für Sowjetbürger, Tel. 201 und 269. Kapitän Liepa. 3. Koblenz Station Braubach, Tel. 327, Kap. Ktorov.

Den Sowjetbürgern, die ihre Rückkehr in die Heimat wünschen, werden auf jede Weise verschiedene Vorzüge gewährt. Alle Rückkehrenden nach der Heimat genießen die Rechte der Sowjetbürger in Uebereinstimmung mit der Konstitution der UdSSR. Rückkehrenden nach der Heimat wird folgendes zugesichert: a) Kostenfreie Fahrt bis zum ständigen oder neuerwählten Wohnsitz; b) Kostenfreier Transport ihres Gepäcks in unbegrenzter Menge; c) Kostenfreie Verpflegung vom Tag des Eintritts in die Sammelstelle an, und während der Fahrt, bis zum ständigen oder neuerwählten Wohnsitz; d) Kostenfreie medizinische Betreuung während der Fahrt bis zum Wohnsitz. Nach der Rückkehr in die Heimat erhalten alle Sowjetbürger Arbeit ihrem Beruf gemäß, sowie die Wohnung. Allen rückkehrenden sowjetischen Bürgern wird, zur Neueinrichtung, eine staatliche finanzielle Hilfe gewährleistet. **Kehret nach der Heimat zurück! Euch erwarten Väter und Mütter! Euch erwarten Männer und Frauen, Brüder und Schwestern! Euch erwarten Verwandte und Freunde! Euch erwartet die Heimat!**

Sowjetische Mission für Repatriierung.

Bekanntmachung über die Ausschreibung und Einsendung der Lohnsteuer- u. Kirchenlohnsteuer belege für das Kalenderjahr 1947

1. Ausschreibung der Lohnsteuer- und Kirchenlohnsteuer-Bescheinigungen für das Kalenderjahr 1947.

Die Lohnsteuerkarten 1946 galten auch für das Kalenderjahr 1947. Mit dieser Weitergeltung der Lohnsteuerkarten ist auf die allgemeine Ausschreibung der Lohnsteuer-Bescheinigungen für das Kalenderjahr 1946 verzichtet worden. **Für das Kalenderjahr 1947 sind diese Bescheinigungen wieder allgemein zu erteilen.** Dabei ist folgendes zu beachten: Der Arbeitgeber hat gemäß § 47 LStDB. nach Ablauf des Kalenderjahres **auf der Lohnsteuerkarte des Arbeitnehmers** dem Vordruck entsprechend **zu bescheinigen,** während welcher Zeit der Arbeitnehmer im abgelaufenen Kalenderjahr bei ihm beschäftigt gewesen ist und wieviel in dieser Zeit der Arbeitslohn (einschließlich der Sachbezüge), die einbehaltene Lohnsteuer und die Kirchenlohnsteuer betragen haben. Endet das Dienstverhältnis vor dem 31. Dezember des Kalenderjahres, so hat der Arbeitgeber diese Lohnsteuer-Bescheinigung schon bei Beendigung des Dienstverhältnisses auszuschreiben. Für die Lohnsteuer- und Kirchenlohnsteuer-Bescheinigung sind maßgebend: a) der Arbeitslohn für die Lohnzahlungszeiträume, die im Kalenderjahr 1947 geendet haben; b) die Steuerbeträge, die für die unter a) bezeichneten Lohnzahlungszeiträume einbehalten worden sind. Die Eintragungen sind für die volle Dauer des ununterbrochenen Dienstverhältnisses in einer Summe zu machen. Die Kirchenlohnsteuer ist unterhalb der einbehaltenen Lohnsteuer mit entsprechendem Vermerk (z. B. kath. Kl. oder ev. Kl.) einzutragen. Ist Lohnsteuer, aber keine Kirchenlohnsteuer einbehalten worden, so ist dies durch den Vermerk „Ki . . .%/. . ." ersichtlich zu machen. In der Ueberschrift des Abschnitts V der Lohnsteuerkarte (Lohnsteuerbescheinigung für das Kalenderjahr 1946) ist die Jahreszahl 1946 in die Jahreszahl 1947 umzuändern. Am Schluß der Lohnsteuer-Bescheinigung sind die Merkmale der Lohnsteuerkarte 1948 einzutragen. Die vorgedruckte Jahreszahl 1947 ist in die Jahreszahl 1948 umzuändern.

2. Einsendung der Lohnsteuerkarten an das Finanzamt:

a) durch den Arbeitgeber: Die Lohnsteuerkarten 1946/47 sind vom Arbeitgeber nach Eintragung der Bescheinigungen gemäß Ziffer 1 dieser Bekanntmachung bis spätestens 28. Februar 1948 an das Finanzamt einzusenden, in dessen Bezirk entsprechend dem Vermerk am Schluß der Lohnsteuer- und Kirchenlohnsteuer-Bescheinigung die einzelnen Lohnsteuerkarten 1948 ausgeschrieben worden sind. Sind die Merkmale der Lohnsteuerkarte 1948 dem Arbeitgeber nicht bekannt, so ist die Lohnsteuerkarte an das Finanzamt einzusenden, in dessen Bezirk die Lohnsteuerkarte 1946/47 ausgeschrieben worden ist. Die Lohnsteuerkarten 1946/47 sind dem Finanzamt gemeindeweise, nach Arbeitnehmern alphabetisch geordnet, einzusenden. Die noch bei den Arbeitgebern befindlichen Lohnsteuerkarten 1945/46 sind ebenfalls einzusenden, jedoch ausnahmslos an das für die Abführung der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber zuständige Finanzamt. Einer gemeindeweisen Ordnung dieser Karten bedarf es nicht;

b) durch den Arbeitnehmer: Arbeitnehmer, die am 31. Dezember 1947 in keinem Arbeitsverhältnis gestanden haben und sich deshalb im Besitz ihrer Lohnsteuerkarten 1946/47 befinden, haben die Karte bis spätestens 28. Februar 1948 an das Finanzamt einzusenden, in dessen Bezirk für sie die Lohnsteuerkarte 1948 ausgeschrieben worden ist, und wenn eine Lohnsteuerkarte 1948 nicht ausgeschrieben worden ist, an das Finanzamt, in dessen Bezirk sie am 10. Oktober 1947 ihren Wohnsitz gehabt haben. Sie haben, sofern für sie eine Lohnsteuerkarte 1946/47 am Schluß die Nummer der Steuerkarte 1948 (nicht wie vorgedruckt 1947) und die Behörde, die diese Karte ausgeschrieben hat, anzugeben.

3. Ausschreibung und Einsendung von Lohnzetteln für das Kalenderjahr 1947. Der Arbeitgeber hat ohne besondere Aufforderung für jeden Arbeitnehmer, dessen Arbeitslohn im Kalenderjahr 1947 24 000 RM überstiegen hat, außer der Lohnsteuerbescheinigung bis zum 28. Februar 1948 einen Lohnzettel an das für den Arbeitnehmer nach seinem Wohnsitz zuständige Finanzamt zu übersenden. Vordrucke für Lohnzettel sind etwa ab Mitte Februar 1948 von den Finanzämtern unentgeltlich zu beziehen.

Freiburg i. Br., den 30. Januar 1948. (32-1803)

Badisches Ministerium der Finanzen. I. V.: gez. Dr. Bund.

Offene Stellen

Bügelerinnen u. weibl. Hilfskräfte sowie eine männliche Hilfskraft (Schwerarbeiterzulage, Gr. II), gesucht. Bewerbungen an Wäscherei Wangler, Freiburg, Habsburgerstr. 82. (20-886)

Junge Frau, perfekt in französch. Sprache, sowie mit Schreibmaschinenkenntnissen, sucht Stelle als Dolmetscherin auf sofort oder 1. März. Angebote an die Nr. 20-887 der Gesch.-Stelle U. T., Freiburg, Schwabentorstr. 1.

Vertretungen

Erfahrene Generalvertreter, Bezirksvertreter und Hauptvertreter in der französischen Zone Württemberg-Baden zur Werbung in der Groß- und Klein-Lebensversicherung ges. Gute Bedingungen und weitgehende Unterstützung zugesichert, bei nachweisbar guten Erfolgen. Festbezüge. Auch nebenberufl. Mitarbeiter finden gute Verdienstmöglichkeit. Ausf. Bewerbung erbeten an Braunschweigische Lebensversicherung AG, Braunschweig. (A10-7

hält die Eier frisch!

. . . . und so einfach:

noch nach einem Jahr dichten Eiweißschaum schlagen kann! Konserviert, appetitlich, einfach, zuverlässig.

Van Hees GmbH., Wiesbaden-Biebrich.

Neue Oetker-Rezepte

Haferflockenmakronen

200 g Haferflocken (mit den Händen zerrieben), 1 Ei, 125 g Zucker, 3—4 Tropfen Dr. Oetker Back-Aroma Bittermandel, etwas Salz, 3 g (1 gestr. Teel.) Dr. Oetker Backpulver „Backin", 2-4 Eßlöffel Milch. — Die Haferflocken unter Rühren bei schwacher Hitze leicht bräunen und kalt stellen. Ei und Zucker mit einem Schneebesen schaumig schlagen, dann die Gewürze hinzugeben. Die mit „Backin" gemischten Haferflocken abwechselnd mit der Milch darunter rühren. Nur so viel Milch verwenden, daß der Teig sehr fest bleibt (Gebäck läuft sonst breit). Mit 2 Teelöffeln kleine Teighäufchen a. ein gefettetes Blech setzen. **Backzeit:** Etwa 15 Min. bei starker Hitze. Das Gebäck schmeckt besser, wenn die Haferflocken mit etwas Fett (10 bis 25 g) gebräunt werden. (71)

Dr. August Oetker, Bielefeld

Mietgesuche

Suche sofort in guter Lage ganzes oder halbes Ladengeschäft. Ang. u. 22 164 an Agence Havas, Konstanz, Kanzleistr. 3. (13)

Kauf — Verkauf

Mehrere Schreibmaschinen v. Behörde dringend zu kaufen oder gegen Miete zu leihen gesucht. Angebote unter Nr. 32-1807 an U. T., Freiburg, Schwabentorstraße 1.

1 Fahrradanhänger, 1 gebr. Handnähmaschine, beides in gutem Zustande, zu tauschen. Angeb. unter Nr. 20-885 an die Gesch.-Stelle U. T., Freiburg, Schwabentorstraße 1.

Tschechisches Sprachlehrbuch zu kaufen oder tauschen gesucht. Ang. unt. Nr. 26-329 an U. T. Konstanz, Rosgartenstraße 9.

Rent. Geschäftshaus sowie Bauplatz in Karlsruhe zu tauschen gegen Aehnliches im Bodenseegebiet. Ang. unt. Nr. 26-326 an U. T. Konstanz, Rosgartenstr. 9.

Suche guterh., fahrb. Motorrad, 200 ccm, gegen gute Vergütung. Zuschr. erb. unter Nr. 32-1804 an U. T. Offenburg, Postf. 361.

Geboten: Mostfaß 200 Ltr. neu, und Fahr-Handleiterwagen, neu; gesucht: Handharmonika CF-Clubmodell, 3 b S oder 3 b. Zuschriften u. Nr. 34-210 an U. T. Singen/H., Postfach 239.

Gut erhaltenes Markenfahrrad, bereift, gegen Radio oder Schreibmaschine zu tauschen gesucht. Ang. unt. 32-1762 an U. T. Offenburg, Postf. 361.

Strickmaschine, Teilung 7 oder 8, Breite 80 cm, möglichst mit Motoranschluß und Motor, gegen gutes Tausch-Angebot gesucht. Angebote unt. 30-363 an U. T., Lörrach.

Unterricht

30 Sprachen in Fernkursen durch Unterrichtsbriefe, Steno in 6 Sprachen Fordern Sie Prospekt C 30 an. Spracheninstitut Karl Sembdner, (24b) Flensburg, Rathausstraße 4. (32-1749

Der Geschäftsmann, welcher über eine den gesetzlichen Vorschriften entsprech. ordnungsgem. Buchführung verfügt, wird bei der Steuerberechnung immer im Vorteil sein gegenüber demjenigen, der eine solche nicht besitzt. Unsere Fernberatung führt Sie so in die Buchführung ein, daß Sie Bücher einrichten, führen und abschließen können. Bitte verlangen Sie Schrift G 165 kostenlos und ganz unverbindlich durch Fa. „Soll & Haben" GmbH., (14a) Göppingen. (A7-72

FREMDSPRACHEN leicht gemacht

Englisch bzw. Französisch durch brieflichen Fern- od. Selbstunterricht! Anfängerkursus RM 12.- Ausführliche Auskunft gegen Rückporto HERMANN BERLITZ

Achtung! Fernunterricht Achtung!

für nur 10 Pfg. täglich in Buchführung (Ausbildung z. bilanzsicheren Buchhalter), kaufmännisches Rechnen, Mathematik (Höheres Rechnen), Deutsch für Deutsche, Buchführung in französischer Sprache; Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch, Polnisch. Probelehrbrief nach Einsendung von RM 3.— auf meine Postscheckk. Hamburg 135 407 oder Berlin 195 265. Julius Woitalla, Inhaber einer Privathandelslehranstalt, (24b) Ringsberg über Ostseebad Glücksburg, Kreis- Flensburg (Schleswig-Holstein). Büroraum oder Laden gegen Beteiligung gesucht. (M2-2

Geschäftliches

Beste Feuerzeugdochte, 300 Stück für RM 19.50 (Cursiefen) durch Weber, Konstanz, Postfach 475. (26-328)

2 Ablegekästen m. Etk., 2 Löscher, 1 Stempelträger, alles für 18.45 RM u. Spesen. Best. u. Off. Nr. 824/45/IV an „MABE" Ann.-Exp. (16) Herborn/Dill. (A2-3

Nur an Private!

Radio - Apparate, Friedensausführung, Tauchsieder 25 RM, Gerätestecker, 2 Mtr. Gummischlauchleitung mit Netzstecker 20 RM, Gerätestecker 2.60 RM, Netzstecker 1.60 RM, selbsttätige Gasanzünder, ohne Feuersteine, Benzin oder Strom, jede Hausfrau begeisterter Käufer, keine Notlösung oder Ersatz, Geld- u. Streichholz sparend, Stück 12 RM, elektr. Plätteisen, Kochplatten, Heizkissen und viele andere Elektrogeräte, sämtliche Geräte hochw. Friedensausführung. Voreinsendung des Betrages erbeten, zuzüglich Versandspesen RM 2.— Rückporto beifügen. Zu bestellen bei über 30 Jahre alter Firma. Elektrogeräte - Haase, Berlin-N 65, Schererstraße 8. (A9-1

Zeitschriftenhändler, Papierwarengeschäfte, Sortimente nehmen wir noch gerne in unsere Kundenliste auf. Zeitschriften-Großhandelsunternehmen Jul. Rich. Hampel, Heidelberg, Brunnengasse 20/24. (A7-82)

Technische Neuheit!

Die ideale Lösung der Rasierklingensorgen. Durch elektrolytische Vorgänge behält die Rasierklinge ihre Schärfe. Wochenlanger Gebrauch der Rasierklinge ohne Schärfen oder Schleifen durch den Apparat „Klingenfreund". Trotz einfachster Konstruktion verblüffende Wirkung. Wissenschaftlich begründet, praktisch erprobt. Abgabe an Groß- und Einzelhandel im ordnungsgemäßen Interzonenverkehr zu genehmigten Preisen. Gutes Werbematerial steht zur Verfügung. Lieferung erfolgt kurzfristig. Verbraucherpreis RM 1.35. Zur Leipziger Messe: Handelshof, V. Geschoß, Stand 546-548. Musterpäckchen - Einschr. mit 15 Stück Inhalt nach Voreinsendung von RM 21.65. Albert Busch, Kommanditgesellschaft, (19a) Halle/Saale, Postschließfach 696. (A10-1

Gegen üblen Mundgeruch

gibt es ein ausgezeichnetes, natürliches Heilmittel: Erdkraft Heilerde — innerlich —. Mechanisch reinigend, bindend und ansaugend. In einschl. Geschäften. Herst. Erich Schumm, (14a) Murrhardt. (A7-26

Briefmarken

Briefmarkenangebot! Neue Saarsätze, Preise auf Anfrage. Franz. Zone (Wappen u. Dichter) kpl. Satz RM 115.—; Hammer u. Sichel (Oest.) kpl. Satz RM 49.— Nur Nachnahme! Dr. von Rhein, (16) Geisenheim. (A10-35)

57. Briefmarken Groß-Auktion

16. bis 19. März 1948. Luxusmaterial der ganzen Welt. Illustrierter Katalog gratis gegen Berufsangabe. Edgar Mohrmann & Co., GmbH., vereid. Briefmarken - Auktionator, Hamburg 1, Speersort 6, Tel. 326 428. Führendes Briefmarken - Auktionshaus Deutschlands! (A22-26

FREIBURGER VERANSTALTUNGEN

Städt. Bühnen Freiburg

Casino:
21. Februar, 20 Uhr: „Fidelio"
22. Februar, 14.30 Uhr: „Die Zauberflöte"
20 Uhr: „Die Czardasfürstin"
24. Februar, 20 Uhr: „Der Vetter aus Dingsda"
Kammerspiele:
21. Februar, 19.30 Uhr: „Wir sind noch einmal davongekommen" (81)
22. Februar, 14.30 Uhr: „Mit meinen Augen"
22. Februar, 19 Uhr: „Ein Sommernachtstraum".

Friedrichsbau-L'spiele

Ab Freitag, 20. Februar 1948:

„Ein Mann mit Grundsätzen"

Ein sprühender Dialog, eine flotte Musik, schöne Frauen und ein rassiges Ballett sind die Kennzeichen dieses fröhlichen Films. Darsteller: Hans Söhnker, Elfie Mayerhofer, M. Koppenhöfer, Ursula Herking. Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 und 16.30 Uhr, Donnerstag und Samstag nur 14.15 Uhr. Vorverkauf an den Spieltagen 10—12 u. ab 13.30 Uhr an der Tageskasse. (100)

Harmonie-Lichtspiele

Ab Freitag, 20. Februar. Eine amüsante musikalische Komödie

„SPIEL"

mit Mertha Mayen, O. W. Fischer, Erika v. Thellmann, Oskar Sima, Harald Paulsen, Lucie Englich. Jugendfrei. Neueste IFA-Wochenschau mit Bildern von der Wintersportolympiade in St. Moritz. Täglich 14.15, 16.30 und 18.45 Uhr. Sonntag auch vorm. 10 Uhr. Freitag, Montag, Dienstag und Mittwoch auch 21 Uhr. Vorverkauf täglich von 10—12 Uhr. (106)

Casino-Lichtspiele

Ab Freitag, 20. Februar 1948: Jenny Jugo in einem Lustspiel ganz großen Formats

„Viel Lärm um Nixi"

mit Jenny Jugo, Alb. Matterstock, Otto Gebühr, Hans Leibelt, Theod. Danegger. Neueste Wochenschau. Jugendverbot bis 14 Jahre. Spielzeiten: täglich 14.15 und 16.30 Uhr, Sonntag 10 und 12 Uhr, Montag 14.15, 16.30, 18.45 und 21 Uhr. (96)

Union-Theater

Ab Freitag, 20. Februar: Witzig, mitreißend, turbulend

„Ehe in Dosen"

Ein Lustspiel mit Leni Marenbach, Johannes Riemann, R. A. Roberts, Grethe Weiser, Hilde Weissner. Jugendfrei ab 14 Jahre. Neue IFA-Wochenschau mit Bildern von der Eröffnung der Winterolympiade in St. Moritz. Freitag bis Sonntag: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr. Montag bis Donnerstag 14.30, 17 und 19.30 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13 Uhr. (104)

Lichtspiele Bad Krozingen

Ab Freitag, 20., bis einschl. Montag, 23. Februar 1948. Ein unsterblicher Artistenfilm:

„Varieté"

mit Hans Albers, Annabella, Attila Hörbiger u. v. a. Neue Wochenschau. Jugendfrei. Spielzeiten: Freitag, Samstag, Montag 20.30 Uhr; Sonntag 15 und 20 Uhr. (K11-33

Verschiedenes

Stottern! Aufklärungsschrift über Dauerbeseitigung nach 42 Jahre bewährter Methode frei! (A4-14 P. Warnecke, (20a) Eilvese (bei Hannover).

Gebr. Briefumschläge nicht fortwerfen, sie können zur Wiederverwendung umgearbeitet werden. Muster, Lieferbed. u. Anl. gegen Einsendung von RM 2.— HANSA, F.-V., Wiesbaden, Postfach 136. (A10-34

Sprechstörungen sind seelische Störungen. Erfolgreiche Behandlung im Institut für Psycho-Therapie, mit Unterkunft, Verpflegung und Betreuung, Landau/Pf., Marienring 12. (A2-17

Das Internationale Korrespondenz-Büro: Anna-Maria Braun, München 15, Lindwurmstr. 126/A teilt mit, daß mit der englisch sprechenden Welt in englischer Sprache vermittelt werden: 1. Liste von ausländischen Export- und Importfirmen (Prospekt C). 2. Liste von ausländischen Postkartensammlern Prospekt B). 3. Liste von ausl. Briefmarkensammlern (Prospekt B). Prospekte nur gegen selbstadressiertes Freikuvert. Neuaufträge und Nachbestellungen für allgem. Gedankenaustausch (Prospekt A) können wegen Arbeitsüberlastung erst nach Ostern entgegengenommen werden. (A2-22

Altpapier!

Wir wollen unseren Verlegern helfen, helfen Sie mit! Altpapiereinsender berücksichtigen wir mit ihren Wünschen hinsichtlich Bücher und Zeitschriften. Jul. Richard Hampel, Zeitschriften - Großhandelsunternehmen, Heidelberg, Brunnengasse 20/24. (A7-81

Achtung Hausmetzger Patronen für Körner und andere Schießapparate, ebenso Apparate selbst lieferbar. Näheres unt. 32-1644 U. T., Offenburg, Postfach 361.

Leipziger Frühjahrsmesse. Interessante Mitteilungen kostenlos. Hans Maurer, (14a) Stuttgart-S 116, Mittelstr. 9/II. (A12-15)

Hämorrhoiden sind heilbar, auch in schweren Fällen. „Rusmasal", die tausendfach bewährte Hämorrhiodalsalbe, wird wieder in altbekannter Qualität hergestellt und ist in allen Apotheken erhältlich. Verlangen Sie kostenlos Broschüre durch den Hersteller: Chem. Lab. R. Schneider, Wiesbaden .132. (A7-14

Beratungsstunde

für körperbehinderte Kinder u. Jugendliche aus Freiburg: Montag, 23. 2. 1948, 16 Uhr, in der Chirurg. Univ.-Klinik, Orthop.-Abteilung (Klinikneubau), Hugstetterstraße. Leitender Arzt: Dr. Jhlenfeld, Facharzt für Orthopädie.

Bürgermeisteramt - Abt. II -

Arbeiterwohlfahrt

Ortsverein Emmendingen

Am Samstag, den 21. 2. 1948, 20.00 Uhr, findet im Löwensaal die

Generalversammlung

statt. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. (18-152)

Vier Mal mehr Gewinnmöglichkeiten durch sofortige Spielbeteiligung an der 1. Südwestdeutschen Klassenlotterie (Land Baden). Höchstgewinn 125 000.— Ziehung 1. Kl. 17. 3. 48. Lospreise für alle 5 Klassen: 1/8 RM 15.—, 1/4 RM 30.—, 1/2 RM 60.—, 1/1 RM 120.— zuzüglich RM 2.— Porto-Z.-Listen.

Holderied

Staatliche-Lotterie-Einnahme

(17b) Freiburg/Br., Oberlinden Nr. 1 (Schirmhaus Wagner), Postscheckkonto Freiburg 4600, Karlsruhe 1260. Bitte, bestellen Sie heute noch Ihr Klassenlos!

Achtung! Modische Neuheit!

Geschmackvollen Ohr-, Haar- und Kleiderschmuck in bester Ausführung liefert Ihnen wieder prompt, ohne Metallabgabe: ELMIRA, (22a) Essen, Kaisershofstraße 5. Versand in alle Zonen sofort möglich. (32-1746

Alma-Schnitte, das unentbehrliche Zuschneidesystem für die Hausschneiderei. Jeder Schnitt ein Maßschnitt. Sie können damit alle Garderobe und Wäsche für jede Figur, auch für Kinder u Wäsche für den Herrn herstellen. Das lästige Anprobieren fällt fort. 56 neueste Modelle mit über 500 Einzelschnitten u 40 Maßen für alle Ober- und Hüftweiten. Einmalige Anschaffung Preis RM 8.65 u. RM 1.- f. Porto u. Nachnahme Zu beziehen durch Alma-Mode. (14a) Ludwigsburg 95 Postf. 143 (A12-11

KAUFT LOSE BEI ROSE!

KAUFT LOSE BEI ROSE!

Werde Mitglied in der Konsumgenossenschaft Freiburg im Breisgau

Anmeldungen werden in allen 45 Verkaufsstellen entgegengenommen

Drei Minuten drehen

genügt, um durch Ceresan-Beizung jedes Saatkorn krankheitsfrei zu machen und dabei gleichzeitig auch mit Morkit gegen Vogelfraß zu vergällen. So erzielt der Landmann gesunde, volle Ernten!

„Bayer"
Pflanzenschutz-Abteilung
LEVERKUSEN

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Großindustrielle auf der Anklagebank

Der Rastatter Kriegsverbrecherprozeß gegen die leitenden Männer des Röchling-Konzerns

Rastatt. Als vor rund 250 Jahren Ludwig Wilhelm I., Markgraf von Baden, als Reichsmarschall und erster Erbauer einer Art Westwall sozusagen der Vorläufer späterer „tausendjähriger" Größen, den Bau des Rastatter Schlosses in Auftrag gab, konnte er kaum ahnen, von welch aktuellem Reiz der Barockschmuck dieses Schlosses, insbesondere seines Festsaales, einmal sein werde. Denn dieser Saal, in dem in unseren Tagen das Tribunal Général der französischen Militärregierung über Großindustrielle zu Gericht sitzt, die schwerer Kriegsverbrechen beschuldigt sind, ist überladen mit allegorischen Malereien und Stukkaturen, die eine einzige Verherrlichung von Krieg und — man kann es leider nicht anders nennen — Kriegsverbrechen darstellen. Deckengemälde künden von den Waffentaten des Eroberers von Visegrad, Budapest und Großwardein, die Saaldecke selbst aber tragen, als Karyatiden gewissermaßen, die Stuckfiguren kettenbeladener türkischer Kriegsgefangener oder sonstwie verschleppter Zwangsarbeiter fremder Nationalität. In der Tat, es liegt eine grausame Ironie in dieser künstlerischen Ausschmückung eines Raumes, in dem sich heute Hermann Röchling und seine Mitschuldigen wegen Unterstützung der Vorbereitung und der Führung von Angriffskriegen, Plünderung fremder Länder und Verschleppung und grausamer Behandlung von Angehörigen fremder Nationalitäten zu verantworten haben . . .

Während vor dem amerikanischen Gericht in Nürnberg ein — infolge der zu größter Konzentration in der Berichterstattung zwingenden Papierknappheit in der deutschen Oeffentlichkeit viel zu wenig behandelter und beachteter — Prozeß gegen führende Männer der deutschen Rüstungsindustrie verhandelt wird, hat in Rastatt vor dem höchsten Gericht der französischen Militärregierung eine sich in den gleichen Bahnen bewegende Verhandlung begonnen: der Prozeß gegen die leitenden Männer des Röchling-Konzerns. Was schon in den ersten Verhandlungstagen von dem Vertreter der Anklage, dem (übrigens längere Zeit in Nürnberg tätig gewesenen und dort offensichtlich aufs genaueste mit der Materie vertraut gewordenen) Regierungskommissar Charles Gerthoffer an belastendem Material sowohl gegen die Angeklagten im besonderen wie gegen die deutsche Schwerindustrie im allgemeinen vorgetragen wurde, entrollt ein ebenso bedrückendes wie erschütterndes Bild der ungeheuren Mitschuld an Hitlers Kriegsverbrechen, die die deutschen Rüstungsindustiellen auf sich geladen haben.

Nur durch die bewußte Mitwirkung deutscher Großindustrieller und Finanzleute sind — diese These stellte der französische Ankläger an die Spitze seiner Darlegungen — diese Angriffskriege und diese Verbrechen überhaupt möglich geworden.

Schon lange vor Hitlers Machtergreifung wurde die wirtschaftliche Vorbereitung des Krieges und die wirtschaftliche Spionage in den eventuellen Gegnerländern von General Thomas in Verbindung mt der Großindustrie organisiert. Die Industrien wurden einer künftigen Kriegsproduktion angepaßt, die Spezialisten der Kriegsindustrie weiter beschäftigt, die entsprechenden wissenschaftlichen Forschungen weitergeführt.

Zum Kriege oder zum Ruin

Im Augenblick der Machtergreifnng (1933) war alles für eine intensive Kriegsproduktion bereit. Von diesem Zeitpunkte an wurde die Aufrüstung erheblich beschleunigt. Die Bestände waren jedoch bald aufgebraucht und es fehlte an Devisen, um die notwendigen Rohstoffe aus dem Auslande einzuführen. Da es Schacht nicht gelang, sie ohne Lieferung reeller wirtschaftlicher Gegenwerte zu erhalten, schuf Hitler den „Vierjahresplan", mit dessen Durchführung er Göring beauftragte. Während Schachts Plan immerhin eine Anpassung der deutschen Wirtschaft an die Aufrüstung unter möglichster Berücksichtigung der Wirtschaftsgesetze darstellte, erhöhte der Vierjahresplan die Rüstungsanstrengungen immer weiter, ohne auch nur die elementarsten Wirtschaftsgrundsätze zu beachten. Damit mußte das Dritte Reich zwangsläufig zum **Kriege oder zum Ruin** geführt werden. Um die Industriellen zu bestimmen, ihm auf diesem Wege zu folgen, machte Göring ihnen Zusagen. Die Angriffskriege, die er mit ihrer Hilfe vorbereitete, sollten ihnen einen Ertrag liefern, der die gebrachten „Opfer" lohnte. Die Großindustriellen, besonders die der Eisenindustrie, gingen mehr als bereitwillig auf diesen, ihnen Riesengewinne versprechenden, Handel ein.

Mit Ausbruch des Krieges traten diese Industriellen, deren Rolle bis dahin möglichst getarnt war, offen in den Vordergrund. Durch die wirtschaftliche Versklavung der besetzten Länder steigerten sie die Kriegsproduktion immer weiter. Sie erwarben Unmengen an Waren und Maschinen, die ohne wirkliche Gegenleistung und mittels oft unehrlicher Verfahren mißbräuchlich aus den besetzten Ländern entnommen wurden, und sie setzten unter Mißachtung des internationalen Rechts und in unmenschlicher Weise Kriegsgefangene, Verschleppte und Dienstverpflichtete zwangsweise zur Arbeit in ihren Betrieben ein.

Der Aufstieg einer Familiengesellschaft

Seit 1850 etwa betrieb die Familie Röchling im Saargebiet einen Kohlen- und Metallhandel. 1881 erwarb sie in Völklingen ein Stahlwerk, das 1907 sieben Hochöfen umfaßte. Neben den gebräuchlichen Produkten eines Stahlwerks spezialisierte sich das Völklinger Werk später auf die Erzeugung von Edelstählen, die nach fast allen Ländern der Erde ausgeführt wurden. Außerdem besaß die Firma Filialen für den Handel mit Metallen und Kohle, war an den Kohlenbergwerken des Aachener Reviers mit 50 Prozent beteiligt und hatte eine bedeutende Regionalbank. Dies Unternehmen gehörte einer Familiengesellschaft, die 72 Angehörige umfaßte.

Im Hinblick darauf, daß das Saargebiet beim Regierungsantritt Hitlers unter einem internationalen Regime stand, hielten sich die leitenden Männer des Röchling-Konzerns zunächst zurück; nach der Angliederung des Saargebietes an das Reich traten sie desto stärker als Förderer der Hitler-Göringschen Pläne in den Vordergrund. Hermann Röchlings Betätigung bei der Kriegsvorbereitung trug ihm die Titel „Wehrwirtschaftsführer", „Berater der Deutschen Reichsbank" und „Wehrwirtschaftsrat" ein.

Mit dem Ausbruch der Angriffskriege erreichte der Eifer der Röchlings seinen Höhepunkt; sie setzten alles daran, Hitler zu unterstützen, zugleich aber auch, sich selbst zu bereichern.

Gleich nach der Invasion Polens, im Oktober 1939, ließen sie sich die Hüttenwerke „Baldenhütte" und „Königshütte" mit den Bergwerken „König" und „Laura" zuteilen. Es handelte sich dabei nicht um eine einfache, zeitweilige Verwaltung, sondern um eine richtiggehende Eigentumszuteilung, die nach Kriegsende in Rechtsform gekleidet werden sollte. Nach der Besetzung Belgiens, Luxemburgs und Frankreichs dehnten die Röchlings ihre Unternehmen auch auf diese Länder aus. So erhielten sie die Thionviller Werke der „Société Lottaine Minière et Métallurgique" und die Fabriken der „Tréfileries de Reichshoffen". Im Juni 1940 wurde Hermann Röchling zum Reichsbeauftragten der Eisenindustrie der Departements Moselle und Meurthe et Moselle ernannt.

Als sich im Frühjahr 1942 bei der deutschen Wirtschaft Anzeichen von Erschöpfung bemerkbar machten, wurde Hermann Röchling Vorsitzender der „Reichsvereinigung Eisen", d. h. Diktator der Eisenproduktion des Reichs und der besetzten Länder.

Ausplünderer und Ausbeuter

Wie er diese Stellung einerseits zur systematischen Ausplünderung der seinem Zugriff zugänglichen Gebiete ausnützte, so ergriff er andererseits die Initiative zu scharfem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft. Im Einverständnis mit Gauleiter Bürckel erteilte er Weisungen zur Umsiedelung politisch unzuverlässiger Arbeiter des Departements Moselle und ihrer Familien nach dem Reich. Die an Ort und Stelle verbliebenen Arbeiter unterstanden einem ständigen Zwange. So wurden auf der von der Firma Röchling geraubten „Karlshütte" eine von einem SS-Offizier geleitete Sonderpolizei sowie ein Sondergericht eingesetzt. Die Arbeiter wurden für den geringsten Fehler bestraft, ja sogar in Konzentrationslager eingeliefert.

In seiner doppelten Eigenschaft als Reichsbeauftragter und als Vorsitzender der Reichsvereinigung Eisen veranlaßte Hermann Röchling strengste Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft. Alle Anforderungen von ausländischen Arbeitskräften seitens der der Vereinigung Eisen angeschlossenen Betriebe gingen über ihn. Nach eigenem Geständnis trägt Hermann Röchling die Verantwortung für die Verschleppung von 200 000 ausländischen Arbeitern aus zahlreichen Nationen nach dem Reich.

In dem eigenen Völklinger Unternehmen befanden sich im Juli 1944 annähernd 6000 ausländische Arbeiter, darunter ungefähr 1200 Kriegsgefangene. Zu den erschöpfendsten Arbeiten herangezogen, von der in der Mehrzahl aus SS-Männern bestehenden Werkpolizei ohne Unterlaß gehetzt, schlecht behandelt, unzureichend ernährt und auf mehr als primitive gesundheitliche Verhältnisse angewiesen, wurden die ausländischen Arbeiter wegen der geringsten Uebertretung der unerbittlichen Arbeitsdisziplin vor ein dem Werk eigenes, besonderes Gericht gezerrt. Die am meisten verhängte Strafe war die Einweisung in das Straflager Etzenhofen, das im Einvernehmen mit der Gestapo in Saarbrücken für die Röchling-Werke geschaffen worden war. In diesem Lager erfuhren die Internierten die schlimmsten Mißhandlungen und die unmenschlichste Behandlung. Die Lebens- und Existenzbedingungen der in den Röchling-Werken eingesetzten ausländischen Arbeiter hatten eine außergewöhnliche Sterblichkeit zur Folge, die selbst den deutschen Dienststellen für den Arbeitseinsatz nicht entgangen ist.

*

Mit dem Vortrag einer großen Anzahl zum Teil überaus umfangreicher Dokumente, der den größten Teil der ersten Verhandlungstage einnahm, belegte der französische Anklagevertreter die gegen die fünf Angeklagten erhobenen Anschuldigungen.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wiederholte namens der Verteidigung Rechtsanwalt Kanzbühler den Antrag, die Verhandlung um drei Monate zu vertagen, um der Verteidigung Gelegenheit zu geben, sich mit den von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Dokumenten vertraut zu machen. Der bereits am Tage zuvor gestellte Antrag war nunmehr schriftlich formuliert und wurde dem Gericht nach der Verlesung überreicht. Der Vorsitzende gab die Erklärung ab, das Gericht werde über den Antrag entscheiden, wenn die Anklagebehörde ihrerseits eine schriftlich formulierte Darstellung ihres Standpunktes überreicht haben werde. Unterdessen nimmt die Verhandlung mit dem Vortrage weiterer Dokumente ihren Fortgang.

Hanns Adam Faerber

Die politische Lage in Baden vor der 48er Revolution

In keinem der 36 deutschen Vaterländer hatte die 48er Revolution vor 100 Jahren ein so hervorragendes politisches Vorspiel wie in unserem badischen Land. Hier war eine bemerkenswerte demokratische Volksbewegung mit nationalen, wirtschaftlichen und politischen Forderungen. Die Verhältnisse waren unerträglich geworden, aber die herrschende Klique der Hofkamarilla (Feudale, Klerus, Militaristen und kapitalistische Bourgeoisie) hielt ihre Gewaltherrschaft mit Militär, Polizei und Bürokratie aufrecht.

Ueber Not und Elend des Volkes, Hunger und Arbeitslosigkeit im Südwesten Deutschlands geben zeitgenössische Dokumente erschütternde Bilder. Schon im Herbst 1845 brachte die Kartoffelseuche die arme Bevölkerung in Verzweiflung. Zwei Winterkälten mit folgender Trockenheit vernichteten fast die ganze Aussaat. Wegen Futtermangels wurde das Vieh weggeschlachtet. Im Mai 1847 kostete ein Pfund Rindfleisch 3 Kreuzer, und sechs Pfund Brot 5 Kreuzer; die Korn- und Mehlwucherer trieben die Preise bis aufs dreifache. In Gewerbe und Industrie folgte ein Bankerott dem andern. Existenzlose Bauern und Handwerker mußten auswandern und in den Fabrikstädten sammelte sich arbeitsloses Proletariat. Man gründete Spargesellschaften, die sich um die Arbeitsbeschaffung bemühten und Armenfürsorge betrieben. Die Bauern seufzten unter den Steuern und Zehnten. Zwar waren die alten Feudallasten aufgehoben, aber die Großgrundbesitzer sabotierten sie; unerhört war zudem die Höhe der Ablösungssummen und der rücksichtslose Einzug der Gefälle. — Hier eine Zeitungsnotiz:

> **Donaueschingen.** Unlängst fand in Gutmadingen eine Beratung von Landleuten statt, wo der Zustand der Zehntbelastung zur Sprache kam, da seit 14 Jahren die Gemeinden des Fürsten von Fürstenberg keinen Schritt vorwärts kamen, während ihnen durch Verzinsung der großen Ablösungssummen alljährlich riesige Unkosten auf dem Halse liegen.

Es ist nicht unwichtig, sich heute auch daran zu erinnern, daß das Landvolk allgemein den Standpunkt vertrat, daß die Standes- und Grundherrschaften überhaupt kein Recht auf irgendwelche Entschädigungen für die von ihnen einst zusammengeraubten Rittergüter hätten. (Wer einmal die Akten des Bauernaufstandes von 1848 im badischen Bauland studiert, bekommt einen Begriff von der revolutionären Einstellung der damaligen Bauernschaft, die an die Zeiten des Bauernkriegs erinnert.)

In den 40er Jahren wurde Baden von den ersten Krisen der großkapitalistischen Fabrikbetriebe betroffen. Interessant ist eine monopol-kapitalistische Manipulation des allmächtigen Bankhauses Rothschild in Frankfurt a. M. Es kündigte plötzlich die Kredite an die drei hauptsächlichen badischen Fabriken (Keßler'sche Maschinenfabrik Karlsruhe, Baumwollspinnerei Ettlingen und die Zuckerfabrik Waghäusel), sodaß jene in Zahlungsschwierigkeiten gerieten und ihre 4000 Arbeiter auf die Straße zu setzen drohten. Warum? In aller Oeffentlichkeit wurde — ohne Widerspruch — behauptet, daß der Baron Lionel Rothschild diese drei badischen Fabriken vernichten wollte, um seinem Einzug in das englische Parlament die gewünschte Wirkung zu geben, denn diese drei Fabriken waren seinen englischen Freunden längst ein Dorn im Auge! In den Karlsruher Landtagsprotokollen ist nachzulesen, daß man sich daraufhin mit einem staatlichen Kredit beschäftigte, wobei übrigens Bassermann sich gegen eine Subvention aussprach, weil dadurch die Fabriken in Staatshände kämen, was „letzten Endes die Lehre der Kommunisten zu verwirklichen helfe". Hecker hielt dazu eine seiner feurigen Anklagereden „gegen die tyrannische, verhaßte Bourgeoisie" und legte eine „Petition von 63 Arbeitern an die 63 Abgeordneten" vor.

Ueberhaupt: die bösen Kommunisten! Mit diesem Gespenst schreckte man vor 100 Jahren ängstliche Kleinbürger und Bauern. Kommunistenschreck war stets das billigste, aber zugkräftigste Requisit der Reaktion, und es wurde genau so skrupellos gehandhabt wie heute. War etwa eine Demonstration hungernder Frauen vor Bäckerläden, so waren die Kommunisten schuld: beileibe nicht die Not und der Wucher. So hetzte z. B. ein Redakteur Obermüller im „Mannheimer Journal", worauf ihm die Konstanzer „Seeblätter" die schöne Antwort gaben: „Der Mühlhauser Brotkrawall ist der Entdeckung Obermüllers nach — Heil ihm! — die aufgegangene Blase kommunistischer Einimpfung. (3. 11. 1847). Diese „Einimpfung" stand wahrscheinlich schon damals in einem Spitzelprotokoll „M".

Die Lage am Vorabend der 48er Revolution beweist, daß die Zeit wahrlich reif war. Sie drängte zum Kampf gegen die Not, um die staatsbürgerliche Freiheit und für die Einheit der zerrissenen ohnmächtigen Vaterländer und löste in Baden eine breite elementare Volksbewegung aus. Das politische Vorspiel der 48er Revolution fand seinen Höhepunkt mit dem Offenburger Volkskongreß der entschiedenen Verfassungsfreunde am 12. September 1847, wo Hecker und Struve ihre programmatischen Reden hielten und die dreizehn Forderungen des Volkes, samt dem Beschluß der Steuerverweigerung angenommen wurden. (Wir haben diesen Kongreß ausgiebig in unserer Erinnerungsbeilage aus badischen Journalen — UT vom 12. 9. 1947 — zur Darstellung gebracht.) Der Widerhall des Kongresses im ganzen Land Baden war bei Freund und Feind außerordentlich. Die reaktionäre Presse schlug Alarm gegen die demokratischen Aufwiegler und Demagogen. Aber die fortschrittlich und freiheitlich gesinnte Bevölkerung in Stadt und Land sammelte sich unter den Offenburger Parolen. In den verschiedenen Landkreisen wurden Bezirkskongresse vorbereitet, wo an den vier folgenden Sonntagen in Donaueschingen, Freiburg, Mannheim u. Tauberbischofsheim Hecker und Struve sprechen sollten. Aber das Ministerium des Innern in Karlsruhe verbot sämtliche Versammlungen, weil die in Offenburg gehaltenen Reden „geeignet waren, gegen die bestehende Staatsordnung aufzureizen und dadurch das allgemeine Wohl zu bedrohen"! Hecker und Struve waren denunziert und Hochverratsanklage gegen sie erhoben worden.

Bezeichnend ist, wie die „Karlsruher Zeitung" damals Verbot und Anklage damit begründete, „daß die Regierung nicht gestatten dürfe, daß die nämlichen Redner weitere Versammlungen abhalten und auch dort wieder unter Hinweisung auf Ereignisse aus der französischen und englischen Revolution einen Weg, der Grausen errege, als einzigen und unfehlbaren, der unsere Zustände bessere, hervorheben möchten". (8. 10. 1847.)

Wie verblüffend ähneln sie Damals und Heute trotz der Zeitspanne eines vollen Jahrhunderts bei aller Unterschiedlichkeit, die durch veränderte gesellschaftliche Verhältnisse und die Tatsache einer aufgeklärten und organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung gegeben ist. Um die Jahrhundertwende spitzte sich die Lage immer mehr zu. Die soziale Gärung im Volk und der nationale Kampf um ein geeintes deutsches Vaterland hatten jene zur Revolution drängende echte demokratische Volksbewegung geschaffen. Das badische Volk dankt also eigener Initiative dieses politische Vorspiel.

In diese geladene Atmosphäre schlug der Blitz des 22. Februar 1848 von Paris, so daß noch im selben Monat die direkte Aktion des badischen Volkes lodernd zum Ausbruch kam. Wir werden in UNSER TAG hier laufend speziel der badischen Geschehnisse gedenken.

Zur Erinnerung

an die badische Revolution vor 100 Jahren veröffentlichen wir in laufender Folge größtenteils unbekannte Aufzeichnungen führender badischer Revolutionäre wie Hecker, Struve u. a. — Wir beginnen mit:

> Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848
>
> von
>
> *Dr. Friedrich Hecker*

Bücherbrett des Gewerkschafters

Die sechs Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften. Herausgegeben vom Vorstand des FDGB Berlin 1947, 45 S. (Verlag Die freie Gewerkschaft).

In übersichtlicher Darstellung finden wir hier die Arbeit der deutschen Gewerkschaften in den Interzonenkonferenzen vom November 1946 (Mainz) bis zum Oktober 1947 (Bad Pyrmont) um die Schaffung der Gewerkschaftseinheit.

Fritz Apelt Der Weltgewerkssschaftsbund und die deutschen Gewerkschaften Berlin 1947 (Verlag Die freie Gewerkschaft), 72 S. Preis RM. 1.70.

Der Weltgewerkschaftsbund mit seinen rund 70 Millionen Mitgliedern aus 65 Ländern steht heute im Mittelpunkt des Interesses der organisierten Arbeiterschaft, zumal die Spaltung in den französischen Gewerkschaften und Vorgänge in der amerikanischen und englischen Gewerkschaftsbewegung den von der amerikanischen AFL propagierten Versuch einer zweiten Gewerkschaftsinternationalen der am Marshallplan beteiligten Länder in den Vordergrund rückt. Hierdurch sollen Teile der internationalen Gewerkschaftsbewegung vom Weltgewerkschaftsbund abgespalten werden. In diesem Zusammenhang ist die vorliegende Broschüre von großer Bedeutung, weil sie vieles, bisher unveröffentlichtes Material enthält, das für die Beurteilung der gegenwärtigen Vorgänge um den Weltgewerkschaftsbund von Bedeutung ist.

Jürgen Kuczynski Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. 2. Band 1933 bis 1946, Berlin 1947, (Verlag Die Freie Gewerkschaft), 278 S.

Der bekannte Sozialpolitiker gibt an Hand eines Abrisses der Struktur und der Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus Darstellungen von erschütternder Eindringlichkeit über das Schicksal des deutschen Arbeiters unter der Naziherrschaft. Dem Arbeiter wird in diesem Buch kein trockenes Material, sondern eine lebendige Schilderung dessen in die Hand gegeben, was er selbst in den 12 Jahren Hitlerherrschaft erdulden mußte, ohne dabei aber die systematischen Zusammenhänge und Querverbindungen der nazistischen Ausbeuterpolitik erkennen zu können. Eine Probe aus dem reichen Material des Buches brachten wir in der Weihnachtsnummer 1947 UNSER TAG unter dem Titel „Lebensgeschichte des deutschen Arbeiters unter Hitler". Das bedeutende Geschichtswerk Kuczynskis sollte auf dem Bücherbrett keines deutschen Arbeiters fehlen!

Herbert Maucher Der Lohn in der Wirtschaft Singen 1947 (Oberbadischer Verlag), 59 S. Preis RM. 1.60.

Die vorliegende Arbeit ist eine Zusammenfassung der an der Gewerkschaftsschule Singen gehaltenen und diskutierten Vorträge über das Lohnproblem, das vom Standpunkt der ökonomischen Lehrmeinungen, der fortschrittlichen Wirtschaftspolitik und der betriebswirtschaftlichen Erscheinungsformen des Lohns behandelt wurde. Der Verfasser erläutert die Probleme in leicht faßlicher und interessanter Weise, sodaß die Broschüre für die Selbstschulung der Arbeiterschaft von besonderer Bedeutung ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

„Helft den Kindern"

Erfolgreiche Landessammlung der Arbeiter-Wohlfahrt

Die unter dem Motto „Helft den Kindern" durchgeführte Landessammlung der Arbeiter-Wohlfahrt brachte durch den großen Opferwillen weiter Kreise der südbadischen Bevölkerung einen sehr schönen Efolg.

Das Ergebnis war ein Beweis für das Vertrauen und die Anerkennung, die man der Arbeiterwohlfahrt für ihre Arbeit, besonders auf dem Gebiet der Kinder-Erholungsfürsorge, entgegenbringt.

Allen Spendern und Gebern sei für ihre Gabe herzlich gedankt.

Es wird der Arbeiterwohlfahrt eine Verpflichtung sein, auf dem beschrittenen Weg fortzufahren und unseren Kindern, als dem wertvollsten Gut der Zukunft unseres Volkes, auch weiterhin ihre besondere Hingabe zu schenken.

Arbeiter-Wohlfahrt
Landesverband Baden

Jugend soll höflicher sein

Freiburg. Von der städtischen Pressestelle wird geschrieben: Leider kann immer wieder festgestellt werden, daß viele Jugendliche auf der Straßenbahn es an der notwendigen Höflichkeit fehlen lassen. Es ist dringend geboten, daß auch die Schüler sich der allgemeinen Verkehrsdisziplin fügen. Vor dem Einsteigen in die Straßenbahn sollen sie ihre Schulranzen abnehmen und in der Hand tragen; denn nur zu leicht wird sonst die Kleidung anderer beschädigt. Aeltere Leute haben beim Einsteigen selbstverständlich den Vortritt. Ehedem überließen die Jugendlichen ohne weiteres den Erwachsenen die Sitzplätze. Es wäre an der Zeit, daß diese schöne Gepflogenheit wieder Selbstverständlichkeit würde. Elternhaus und Schule mögen die Jugend immer wieder darauf hinweisen, daß die Höflichkeit eine ihrer schönsten Tugenden ist.

Wiederaufbau - noch immer gehemmt

Freiburg. In der letzten Stadtratssitzung gedachte Oberbürgermeister Dr. Hoffmann eingangs des verstorbenen Erzbischofs Dr. Gröber.

Je ein Antrag der SP und CDU zur Versorgung der Flüchtlinge wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Zur Ernährungsfrage berichtete Bürgermeister Geiler, daß die vom Ernährungsministerium zugesicherte monatliche Fettration von 250 Gramm wohl aufrecht erhalten werden könne. Ebenso sei die Brotversorgung bis Mitte März gesichert, und man rechne mit weiteren Zufuhren in gleicher Höhe bis zum Anschluß an die neue Ernte.

Obgm. Hoffmann berichtete über die bisherigen Leistungen der Quäkkerhilfe. Im November wurden 1636 Mütter und 8811 Kinder, im Dezember 1706 und 8849 mit dieser Spende bedacht. Er dankte im Namen des Stadtrats für diese hochherzige Spende. Eine weitere Spende an Lebertran aus Norwegen ermöglichte die Zuteilung an 2500 Kinder, 1000 alte Leute und 400 Studenten.

Stadtrat Müller (KP) fragte nach dem seinerzeit im Stadtrat eingebrachten Antrag zur Errichtung weiterer Kleingärten (UT 83). Bgm. Vielhauer will diese Frage in der nächsten Stadtratssitzung beantworten.

Der Wiederaufbau war Gegenstand einer längeren Debatte. Dr. Pyhrr berichtete über die Schwierigkeiten des Facharbeitermangels, der neben dem Materialmangel den Wiederaufbau stark behindere. Leichtere Schäden seien bis Ende 1947 an 10 000 Wohngebäuden beseitigt worden, während sich nunmehr bei den stärker betroffenen Gebäuden der Materialmangel immer stärker bemerkbar mache. Bei den in der Entstehung begriffenen Holzhäusern müßten die Mieter acht Wochen selbst mitarbeiten, da es an Arbeitskräften mangele. Dr. Schlippe gab bekannt, daß die Enttrümmerung des Abschnitts Siegesdenkmal—Kartoffelmarkt im Frühjahr in Angriff genommen werde. Die Feldbahngeleise zum Abtransport der Schuttmassen würden demnächst verlegt.

Die Arbeiten zur provisorischen Unterkunft der medizinischen Polyklinik, die bis zum Mai bezogen werden soll, sind im Gange. Stadtrat Schieler (SP) gab die erschreckende Zunahme der offenen Tbc-Erkrankungen, die auf die katastrophalen Wohnverhältnisse zurückzuführen sind, bekannt. Bis jetzt seien dem Wohnungsamt 158 Familien mit offener Tbc gemeldet. Er forderte daher, alle verfügbaren Arbeitskräfte vornehmlich dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Stadtrat Müüer (KP) forderte erneut, den von der KP seinerzeit im Stadtrat eingebrachten Antrag, wonach in erster Linie der Wohnungsbau gefördert werden solle, in die Tat umzusetzen. Er brachte sodann einen Antrag ein, daß der Stadtrat beschließen solle, daß Bauvorhaben seitens der Baupolizei abzulehnen seien, die keine Beseitigung von Kriegsschäden darstellen. Dieser Antrag wurde nach Entgegnung von Bgm. Dr. Brandel zur Beratung in der nächsten Sitzung zurückgestellt.

Stadtrat Keller (KP) brachte den einstimmit angenommenen Antrag ein, die Wiederherrichtung der Volksbäder, in erster Linie des Volksbades in der Hebelschule, zu beschleunigen.

Die Frage der Einsturzgefahr von Ruinen an Verkehrspunkten kam ebenfalls zur Sprache, nachdem durch Einsturz einer Wand die Baracke am Rotteckplatz, in die demnächst das Wirtschaftsamt einziehen sollte, stark beschädigt wurde.

Zur Brennstoffversorgung referierte Bürgermeister Geiler. Er erklärte, daß die Kohlenanlieferung im Januar sehr schlecht gewesen sei, sich jedoch in letzter Zeit etwas gebessert habe. Zu einem Problem gestalten sich auch die sich immer mehr steigenden Beraubungen der Kohlenwaggons, die bis zu 9 to Fehlmengen aufwiesen. Zur Frage der diesjährigen Brennholzbeschaffung von 100 000 Ster seien größte Anstrengungen notwendig. Die neugeschaffene Brennstoffverteilungsstelle stehe daher vor großen Aufgaben. Die Beschaffung der Pflichtstere geschehe dieses ,ahr durch aufzustellende Kolonnen, die mit entsprechenden Geräten ausgerüstet werden müssen.

Die neue Geschäftsordnung des Stadtrats wurde nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten und eines weiteren Stadtrates angenommen.

Ueber Fremdenverkehr sprach Dr. Scherer. Der Fremdenverkehr, der in normalen Zeiten 10 Millionen Mark erbracht habe, müsse wieder in Gang kommen. Den 200 zur Verfügung stehenden Hotelbetten stehe ein täglicher Bedarf von 4—600 gegenüber. Es sei ein dringendes Bedürfnis, weitere Hotelbetten freizumachen, um den dringendsten Bedarf zu decken.

Bürgermeister Geiler teilte mit, daß der Sonntagsverkehr der Straßenbahnen wieder eingeführt werde, sobald es die technischen Verhältnisse erlauben. Es wurde angeregt, die Straßenbahnführung durch die Friedrichstraße wieder einzurichten. Nach Mitteilung von Bgm. Geiler solle dies nach Beschaffung des Schienenmaterials erfolgen.

Stadtrat Müller (KP) führte aus, daß er es begrüße, daß die „Trauben" an den Straßenbahnwagen verschwunden seien, rügte jedoch die Methode einzelner Polizisten, die jugendliche Fahrgäste aus nicht vollbesetzten Wagen an den Haaren herausgezogen hätten.

Stadtrat Schemenau (DP) brachte den Antrag ein, daß Plakate für politische Versammlungen nicht mehr in Straßenbahnwagen angebracht werden sollen. Die CDU beantragte den Zusatz: Mit Ausnahme der letzten vier Wochen vor einer Wahl. Stadtrat Treffeisen (KP) trat diesem Antrag mit der Begründung entgegen, daß man das politische Interesse durch diese Plakate doch wecke. Der Antrag wurde mit 15 gegen 10 Stimmen, bei einer Enthaltung angenommen.

Die Gasbeleuchtung, so führte Bgm. Geiler aus, soll nunmehr in den Hauptdurchgangsstraßen eingerichtet werden.

Die Biga-Ausstellung 1948 findet in der Zeit vom 18. Juni bis 1. August statt. Bürgermeister Geiler berichtete über die ausserordentlichen Fortschritte des Jugendbildungswerkes. Diese umfasse nun 1800 Mitglieder und 33 Arbeitsgemeinschaften. Als Haus der üugend sei das Haus Goethestr. 6 bestimmt worden. nm.

Freiburger Veranstaltungen

20.—26. Februar

Städt. Bühnen

14.30 Uhr: Die Zauberflöte, 20 Uhr: Czardasfürstin. — Mittwoch, 20 Uhr: Sinfoniekonzert. — Donerstag, 20 Uhr: Sinfoniekonzert.

Kammerspiele: Freitag, 19 Uhr: Ein Spiel von Tod und iLebe (geschl. Vorstellung). — Samstag, 19.30 Uhr: Wir sind noch einmal davongekommen. — Sonntag, 14.30 Uhr: Mit meinen Augen; 19 Uhr: Ein Sommernachtstraum. — Dienstag, 19 Uhr: Der Rappelkopf (geschl. Vorstellung). — Mittwoch, 19.30 Uhr: Helden. — Donnerstag, 19.30 Uhr: Wir sind noch einmal davongekommen.

Lichtspieltheater

Casino: Viel Lärm um Nixi. — **Friedrichsbau:** Ein Mann mit Grundsätzen. — **Harmonie:** Das Spiel. — **Union:** Ehe in Dosen.

Unsere Stromversorgung gesichert

Freiburg. Die Städ. Pressestelle teilt mit: Die Stromversorgungsanlagen der Stadt selbst haben durch den großen Fliegerangriff am 27. November 1944 und die nachfolgenden Bombardierungen schwere Schäden erlitten. Das Gleichstromversorgungsnetz wurde fast völlig zerstört, darunter die Hauptverteilerstation am Bertholdsbrunnen. Drei Netzstationen wurden vernichtet, zwei Netzstationen schwer und mehrere leichter beschädigt. Zwölf Großabnehmerstationen wurden ebenfalls zerstört. Von den Fernsprechanlagen der Stadt wurden vier Unterzentralen vollständig vernichtet, die Feuermeldeanlage restlos lahmgelegt. Im Starkstromnetz fiel eine Kabellänge von 70 km oder rund 13 v. H. dieser Netze, im Freileitungsnetz eine Leitungslänge von 53 km oder rund 14 v. H. des gesamten Freileitungsnetzes aus. 2314 Hausanschlüsse, d. s. 21 v. H. der insgesamt bestehenden, wurden zerstört. Bei der öffentlichen Beleuchtung wurden 767 d. h. rund die Hälfte der vorhandenen Brennstellen außer Betrieb gesetzt. Im Schwachstromnetz fielen 20 km Kabelleitungen oder 33 v. H., im Freileitungsnetz 45 km oder 36 v. H. der verlegten Leitungslängen aus.

Bis zum Beginn dieses Jahres wurden rund 50 km Starkstromkabel, 42 km Freileitungen, 8 km Schwachstromkabel und 4 km Schwachstromfreileitungen wieder instandgesetzt oder neu verlegt. Die beschädigten Stationen wurden erneuert oder gegen Witterungseinflüsse gesichert. 250 der zerstörten Brennstellen wurden wieder neu eingerichtet. Mit Ausnahme der restlos zerstörten Stadtgebiete ist damit die Stromversorgung in allen Stadtteilen wieder gesichert. Die Feuermeldeanlage der Stadt soll nach Möglichkeit noch im Laufe dieses Jahres wieder instandgesetzt und in Betrieb genommen werden. Die Oeffentlichkeit hat wenig von der mühevollen Arbeit erfahren, die von dem Personal des Elektrizitätswerkes in unermüdlichem Einsatz täglich geleistet werden mußte. Dieser kurze Ueberblick möge dazu dienen, auch diesen Wiederaufbau unserer Stadt kennen zu lernen.

Mitteilungen der KP Freiburg

Mitgliederversammlungen

Stadtteil St. Georgen, heute Freitag, 20. Februar, 20 Uhr, Rest. Schneeburg.
Stadtteil Siedlung, Samstag, 21. Febr., 20 Uhr, Eichbächle 6.
Stadtteil Stühlinger, Samstag, 21. Febr., 20 Uhr, Rest. Stühlinger.
Stadtteil Haslach, Dienstag, 24. Februar, 20 Uhr, Pestalozzischule (Physiksaal).
Stadtteil Littenweiler, Dienstag, 24. Februar, 20 Uhr, Alemannenstr. 45.
Stadtteil U.-Wiehre, Mittwoch, 25. Febr., 20 Uhr, Rest. Tram.

Genossen kommt bitte vollzählig u. pünktlich!

*

Unser nächster Bildungsabend!

Montag, 23. Febr., 20 Uhr, Vaubanstr. 12.
Insbesondere unsere Jugendgenossen und Funktionäre sollten anwesend sein.

Schon wieder ein Schreibmaschinendiebstahl

Freiburg. Entwendet wurden aus den Diensträumen der Allgemeinen Orts-Krankenkasse in der Wilhelmstraße eine Schreibmaschine Marke Triumpf Nr. 261 234 von bis jetzt unbekannten Tätern, ferner aus einem unverschlossenen PKW am Hauptbahnhof eine Aktenmappe mit Frachtbriefen, aus dem Hofe einer Wirtschaft ein Damenfahrrad Marke Falter Nr. 741 876, aus einem Speicher in der Eisenbahnstraße 2 Zentner Kartoffeln.

Durch Einbruch wurden in der Niemenstraße eine größere Menge Rauchwaren entwendet. Bei Ausschachtungsarbeiten in der Yorkstraße stieß man auf eine stark verweste Lei[illegible] vermutlich von einem [illegible]egerangriff 1944/45 stammt.

Festgenommen wurden: Zwei Personen wegen Diebstahls eines Pkw, den diese für Ausführung weiterer Diebstähle benutzten, eine Frauensperson wegen Diebstahls eines Herren- und zweier Damenmäntel, ferner ein 15 jähriger Junge wegen Beteiligung an einem Warendiebstahl.

Warum Mischmehl?

Freiburg. Der in der vergangenen Woche erfolgte Januar-Aufruf an Brotmehl wurde durch die Bäckereien verschiedenartig gehandhabt. Während einige Bäckereien 30 Prozent Weißmehl und 70 Prozent Roggenmehl getrennt verabfolgten, verabreichten andere wieder das von diesen erst selbst gemischte Brotmehl. Die vielen auf Grund dieser verschiedenartigen Ausgabe sowohl beim Ernährungsamt als auch bei den Bäckereien vorgebrachten Beschwerden der Hausfrauen lassen es angezeigt erscheinen, daß man beim Februar-Aufruf die getrennte Abgabe (schon wegen der vielfältigeren Verwendungsmöglichkeiten durch die Hausfrauen) vorschreibt. Wir fordern daher die zuständigen Stellen auf, in diesem Sinne zu handeln

Von der städtischen Pressestelle wird mitgeteilt:

Freiburg. Unser Artikel „Künstliche Nahrung für Säuglinge" (UT Nr. 5) hat durch eine Mitteilung des Ministeriums der Landwirtschaft und Ernährung, die auch über den Rundfunk bekanntgegeben wurde, ein rasches Reagieren zur Folge gehabt. Dem besorgten Vater wurde versichert, daß sich die „zuständigen Stellen" schon lange mit dieser Frage beschäftigt hätten. Wir wollen nun hoffen, daß recht bald die so dringend benötigten Haferprodukte zur Verteilung gelangen, wie es erfreulicherweise jetzt ermöglicht wurde, durch Umtausch von Brotmarken den Kleinstkindern hochqualifiziertes amerikanisches Weizenmehl zur Herstellung von Zwieback bereitzustellen. Der Notschrei des besorgten Vaters ist also nicht ungehört verhallt.

Buggingen. Beim Kali-Werk brannte eine Wohnbaracke, in der 35 Personen untergebracht waren, vollständig nieder. Der Brand entstand durch Unachtsamkeit. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, besonders in Baracken beim Heizen größte Vorsicht walten zu lassen. Außer Wohnraum muß den Betroffenen auch noch ihre Habe, die zum größten Teil verbrannte, neu beschafft werden, was erspart geblieben wäre, wenn die nötige Vorsicht beachtet worden wäre.

Statistik der Statistik?

Jeder 26. Einwohner Südbadens arbeitet im Büro

Wir, die Erben des Hitlerschen Vermächtnisses, fühlen heute neben dem großen Mangel an Nahrungsmitteln einen noch größeren Mangel an industriellen Produktionsgütern. Tatsache ist, daß wir eine fast völlig zerschlagene Industrie übernommen haben, da sie in den letzten Jahren nur für die Rüstung gearbeitet hatte, neben dem Neuaufbau radikal umgestellt werden mußte. Es war daher jedem Einsichtigen klar, daß außer dem Mangel an Rohstoffen, auch der Mangel an Produktionsstätten und Werkzeugen die Ursache für das Fehlen von Fertigware sein mußte.

Aber mit dem Beginn des Wiederaufbaues und dem Anlaufen der Produktion stellte sich der Mangel an Arbeitskräften heraus. Es ist interessant zu erforschen, wohin die Arbeitskräfte gekommen sind. Gewiß hat der Krieg durch die Gefallenen und Invaliden eine große Lücke gerissen, aber betrachtet man die Sache von der Seite der Tätigkeitsart, so ergibt sich ein Bild, das uns sehr zu denken geben sollte.

Nach der Statistik des Landesarbeitsamtes waren am 31. Juli 1947, **284 753** Beschäftigte in Südbaden registriert. Diese verteilen sich im wesentlichen wie folgt:

Papier-Industrie	2 526
Lederarbeiter	1 625
Ackerbau, Tierzucht	24 408
Textilarbeiter	11 098
Bauarbeiter	10 238
Holzarbeiter	10 694
Hilfsarbeiter aller Art	27 489
Kaufm. Büro und Verwaltung	**45 304**

Zur gleichen Zeit beträgt die Bevölkerungszahl des Landes 1 174 374. Darnach ist jeder vierte Einwohner beschäftigt. Rechnet man im Durchschnitt vierköpfige Familien, so steht ein Familienmitglied im Erwerbsleben.

Jeder 49. arbeitet in der Landwirtschaft, jeder 117. am Wiederaufbau,

aber jeder 26. ist mit einer bürokratischen Arbeit beschäftigt.

Ist hier überhaupt ein Kommentar notwendig?

Können die 2526 soviel Papier herstellen, wie die 45 304 vollschreiben?

Jetzt fragen wir nur noch, leben die Sechsundzwanzig, damit der Eine schreiben kann, oder schreibt dieser, damit 26 leben können?

Ach, mir wird von den vielen Fragen schon ganz schwindelig. Ich schlage vor, man errichte ein Büro, das endlich einmal statistisch feststellt, was alles statistisch festgestellt wird. —

Erzeugerpreis - Verbraucherpreis

Leutesheim. Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Es ist eine schon viel besprochene Tatsache, daß bei Ablieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen der vom Landwirt erzielte Preis in keinem Verhältnis zu dem Preis steht, den der Verbraucher für die gleiche Ware zahlt, nachdem diese durch die Hände des Groß- und Kleinhandels gegangen ist. Früher ging die Ware doch den gleichen Weg und der Unterschied war nicht so groß. Warum heute? Der Handel erklärt, die Verdienstspannen seien die gleichen geblieben und doch sehen wir eindeutig eine dauernde Verschlechterung für Produzenten und Konsumenten. Wir wollen hier nicht richten über die Berechtigung von Handelsspannen. Wir wollen uns vor Augen führen, ob das heutige Handelsgebahren in unserer Zeit überhaupt noch existenzberechtigt ist.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß alles das, was durch Verbesserungen und Neuerungen überholt wird, langsam abtreten muß. Mutet es uns nun nicht sonderbar an, wenn wir Menschen des 20. Jahrhunderts mit geschlossenen Augen an einer solchen Neuerung vorbeilaufen, die sich schon seit vielen Jahren durchzusetzen versucht? Es sind dies die Genossenschaften. Diese Institutionen, die ohne Profitinteresse arbeiten, sind doch geradezu berufen, den groß- und kleinkapitalistischen Handel zum Wohle der Erzeuger und Verbraucher abzulösen. Es wäre müßig, alle die Vorteile aufzuzählen, die eine Mitgliedschaft in der Genossenschaft bringt. Als Schulbeispiel möchten wir nur Auszüge aus einer bäuerlichen Zuschrift anführen:

„Die ersten Karotten lieferte ich dem Konsumverein zum Preise von 1.— M. je Bund. Dieser verkaufte die Ware zu 1.20 M.. Also absolut erträglich. Mein Geld bekam ich sofort! Dieser Weg ist nun verboten. Warum? Von wem? Nun laufen die Rüben von mir zum Groß- und von dort zum Kleinhändler und dieser gibt sie an die Verbraucher. Nun kostet aber das Bund 1.50 M.. Die Verdienstspanne ist also von 20 auf 50 Prozent gestiegen! Und ich warte schon lange darauf, daß mir mein Geld ausbezahlt wird. Wer arbeitet mit meinem Geld? Wer steckt die 30 Prozent Mehrgewinn ein? Wer verantwortet es, daß die von mir frisch gelieferte Ware durch den langen Weg halbverdorben zum Verbraucher gelangt?"

Ja, lieber Landwirt, diese Fragen stellen wir Verbraucher uns auch. Aber die Abstellung dieser ganzen Angelegenheit liegt ja an uns. Schließen wir uns doch fester zusammen, stärken wir unsere Genossenschaften und reformieren wir überall dort, wo es notwendig erscheint. Dann werden wir für alle Beteiligten eine verbesserte Lage erzielen.

rath.

Leichter Krieg — schwerer Frieden

Freiburg. Am Montag, den 23. Februar, 19 Uhr, spricht im Hörsaal I der Universität Freiburg Frau Dr. Gabriele Strecker, Leiterin des Frauenfunks von Radio Frankfurt a. M. — Frei Aussprache. Friedensgesellschaft Freiburg i. Br.

Beratungsstunde für körperbehinderte Kinder

Freiburg. Am Montag, 23. Februar, 16 Uhr, findet in der Chirurg. Univ.-Klinik, Orthophäd. Abtlg. (Klinikneubau, Hugstetterstraße), eine Beratungsstunde für körperbehinderte Kinder und Jugendliche aus Freiburg statt. Die Beratung ist kostenlos.

Freiburger Sonntagsdienst am 22. Februar

Apotheken: Waldsee-Apotheke, Stühlinger-Apotheke.

Aerzte: Dr. Erggelet, Hildastr. 3; Dr. Frank, Wintererstr. 25, Tel. 2245; Dr. Finter, Ereiburg-Zähringen, Reutebachgasse 20, Tel. 2877.

Singen. Alle Antifaschisten, die von dem ehem. Gestapoagenten Adolf Grether mißhandelt oder beschimpft wurden, melden dieses der Badischen Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus, Zweigstelle Singen, Freiheitsstraße 4.

Lokalredaktion Freiburg, Vaubanstr. 12
Verantwortlich: Hermann Ziehm.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg